

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

Nur
Kädel
Renner
Siegler
Sindermann
Gläser, Helene
Mäßig
Neuhof

Liste 5

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossen

Bezugspreis monatlich, inkl. Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne
Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition
Zentralbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 090, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schillerstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 17 259 / Drahtschlüssel: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 1,00 M. (10 Zeilen 1,00 M.)
Anzeigen 0,20 M. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil in der Expedition Dresden-
Zentralbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer
Preise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Neuabpreises

5. Jahrgang Dresden, Dienstag den 23. April 1929 Nummer 94

Die Industriellen finanzieren ihre Katastrophen

Der Arbeiter trägt die Kosten
Antwortet durch Stärkung des Wahlfonds
der KPD, Seite 5!

Die jährlichen Wahlen des Jahres 1929 haben eine Bedeutung, die weit über Sachsens Grenzen reicht. Das erklärt auch die ungeheuren Anstrengungen, die das vereinigete Bürgertum macht, um die rapid ansteigende rote Welle zum Stehen zu bringen und wenn möglich zurückzuschlagen. So wurde die Staatskanzlei von den Sozialfaschisten — die natürlich im Auftrag ihrer höheren Instanz, dem Verband Sächsischer Industrieller handeln — zu einem Wahl- und Verteilungsbüro der Wahl und Krug von Widda eingerichtet. Von hier aus wird der Wahlkampf der Koalition geleitet.

Wo aber stehen die Geldgeber?

Dah die bürgerlichen Parteien von den Industriellen ausgehalten werden, ist nichts Neues — zwar sind die Formen des Anhaltens verschieden und meistens bleiben sie der breiten Öffentlichkeit verborgen. Doch die Tatsache selbst ist bekannt. Jetzt wird in der SPD-Presse ein Rundschreiben des Verbandes Sächsischer Industrieller veröffentlicht, das besser als alles andere den plumpen Schwandel von der „Heerschaft der Demokratie in Deutschland“ entlarvt.

300.000 RM pro Monat bezahlen die Unternehmer zur Bestreitung der Wahlkosten dem Bürgertum.

Das Rundschreiben, das vom 13. April datiert, lautet:

„Der Gesamtvorstand hat in seiner Sitzung vom 12. April d. J. zu den bevorstehenden Landtagswahlen einstimmig die diesem Schreiben beiliegende Erklärung beschlossen.“

Um diesem Reichlich gebotenen Nachdruck zu verleihen, ist eine schneidende Wahlpropaganda gegen den Finanzkapitalismus notwendig. Es ist eine wichtige Aufgabe des Verbandes, sich an der Auslieferung der Mittel nachhaltig zu beteiligen, um damit bei völliger Aufrechterhaltung seiner parteipolitischen Neutralität die Möglichkeit zu gewinnen, auf

die dringend notwendige Sicherstellung des Burgfriedens unter den bürgerlichen Parteien

während des jetzigen Wahlkampfes nachdrücklich hinzuwirken. Der Gesamtvorstand hat daher einstimmig beschlossen, sämtliche Mitglieder des Verbandes Sächsischer Industrieller aufzufordern, einem von ihm bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Dresden-11, Altmarkt 16, eingerichteten „Wahlkonto“ des Verbandes Sächsischer Industrieller einen angemessenen Beitrag zu überweisen. Die Höhe des Beitrages ist in keiner Weise begrenzt, der Gesamtvorstand erachtet es aber für unbedingt erforderlich, daß

jeder Mitgliedsfirma mindestens 25 Pf. pro Arbeiter und Monat

für die Monate April und Mai an dieses Konto abfließt.

Die Abführung kann für jeden Monat getrennt oder auch in einmaliger Zahlung erfolgen. Für freiwillige, über die Mindesthöhe hinausgehende Spenden ist der Gesamtvorstand besonders dankbar.

Der Gesamtvorstand hofft, daß sämtliche Mitglieder mit Rücksicht auf die außerordentliche Bedeutung, die die diesmaligen Landtagswahlen für die gesamte sächsische Wirtschaft haben, keinem Appell einmütig Rechnung tragen und bei der Bemessung ihres Beitrages zu unserem Wahlfonds die Tatsache würdigen, daß die Anhänger der radikalen Linksparteien für die Förderung ihrer Ideen laufend große Opfer bringen.

Witze, Vorstehender, Witze, Frau, Syndikus.“

„Pro Arbeiter und Monat 25 Pf.“ — das ergibt für einen Monat, wenn man das Ergebnis der letzten Berufszählung, das rund 500.000 Angestellte und 1,5 Millionen Arbeiter ergab, zugrunde legt, das nette Stämmchen von 300.000 RM! Die geizen Unternehmer aber haben kein Geld für Lohnmehrhöhungen, denn an die Schandurteilsprüche, die gefällt wurden gegen die Textilarbeiter und andere Arbeiterkategorien!

Wäre diese Tatsache zeigt, wie sehr die Selbstregierung zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber gearbeitet haben muß, daß sie einer so großen Unterstützungswelle würdig erscheint. Uns überläßt die organisierte Finanzaktion nicht. Die Korruptionierung

des öffentlichen Lebens ist eine Begleitererscheinung der bürgerlichen Demokratie und des kapitalistischen Staates. Darum sind alle bürgerlichen Parteien einschließlich ihrer geheimen Verbündeten, der SPD, beteiligt. Das Gefühl, das die sozialdemokratische Presse ob des Rundschreibens anstimmt, ist lediglich diktiert von dem Gedanken, die Öffentlichkeit von den Korruptionsskandalen der SPD abgulenken. Das Abkommen des SPD-Vorstandes mit der Ullstein-„Motte“ hat bei den sozialdemokratischen Arbeitern begreiflicherweise große Erregung hervorgerufen. Scharf wenden sie sich gegen die immer offener zutage tretende Verbürgerlichung der SPD. Die Opposition ist gewiß noch unklar und inkonsequent, doch haben die reformistischen Führer alle Hände voll zu tun, um selbst diese Opposition nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Mit den raffiniertesten Methoden versuchen sie, die rebellierenden SPD-Arbeiter am SPD-Parteifarren zu halten.

Die Arbeiter opfern für Seite 5!

Weitere Sammelergebnisse

- Stadtteil 1: 1. Rate 100,— Mark
- Stadtteil 2: 2. Rate 154,05 Mark
- Stadtteil 3: 2. Rate 50,— Mark
- Stadtteil 4: 2. Rate 74,20 Mark
- Stadtteil 5 (Kötter und Cotta): 2. Rate 211,14 Mark
- Ortsgruppe Ebersbach: 1. Rate 84 Mark
- Ortsgruppe Bertsdorf: 1. Rate 50 Mark
- KFB Rausa: 5 Mark
- Ortsgruppe Dohrzig: 1. Rate 60 Mark

Neues Millionengeschäft Hilferdings an die Großbanken

Die Staatskassen sind leer. Hilferding, das Finanzgenie der Koalitionsregierung, war sehr stolz darauf, daß er im Monat März von den Großbanken einen Kredit von 150 Millionen Mark erhielt. Dafür wurde die „Kleinigkeit“ von 7 1/2 Prozent an Zinsen und von 0,5 pro mille auf je 10 Tage gezahlt. Rund eine Million Mark reichten die Banken an Zinsen und an Provision ein. Das Geld wurde zurückgezahlt. Jetzt benötigt das Reich für Ende April wieder 180 Millionen Mark. Die großbürgerliche Presse erklärt, die Erwerbslosen wären schuld, die Erwerbslosenunterstützung hätte die Kassennöte des Reichsfinanzministeriums verursacht. Von den ungeheuren Subventionen, die unter der Ägide Hilferding an die Schwerindustrie verschont wurden, wird natürlich nicht gesprochen. Selbstverständlich denkt auch dieser nicht daran, die Subventionen und die Kredite an das Kapital abzubauen. Getreu dem Rezept des Großkapitals wird nur der Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der sozialen Ausgaben geplant. Augenblicklich heißt es wieder von den Großbanken zu pumpen. Die Großbanken sind auch bereit, gegen 8 1/2 Prozent Zinsen das Geld dem Reich wieder zu borgen, jedoch stellen sie ihre eigenen Bedingungen. Der gut informierte Wirtschaftsredakteur der Börsischen Zeitung, Lewinsohn, weiß darüber zu berichten:

„Man kommen die Banken mit einer Sonderforderung. Sie verlangen nämlich, daß das Reich ihnen für ihren Geschäftskredit — Geld gegen 8 1/2 Prozent — auch eine Gewährleistung erweist. Es soll die Kapitalertragssteuer ausheben oder wenigstens für die Banken beseitigen.“

Nach der Berechnung Lewinsohns handelt es sich bei der Kapitalertragssteuer um nicht weniger als einen Reicheinnahme von 180 Millionen Mark. Mit anderen Worten: das Reich soll den Bankiers 180 Millionen Mark dafür

Bürden nicht die Wahlkosten der SPD jahrelang vom „Heimadienten“ getragen?

Hat die SPD nicht ebenfalls selbst von Unternehmern große Summen, noch dazu unter der Bedingung, den Wahlkampf scharf gegen die kommunistische Partei zu führen, nicht nur angeboten bekommen, sondern auch tatsächlich das Geld angenommen und verwandt?

Die „Linken“ in Sachsen haben Recht. Ihre Verwirrungs- und Ablenkungsmanöver sind nicht geschickt genug, als daß noch ein Arbeiter darauf hereinkommen könnte. Diese Beispiele aber zeigen zu deutlich, was es mit der ganzen vielgerühmten „Demokratie“ auf sich hat. In den Händen der Bourgeoisie befinden sich die Produktionsmittel, sie beherrscht den Staatsapparat mit all seinen Unterdrückungsmaschinen. Sie kaufen die Presse und sie kaufen auch die einzelnen oder verteilte bürgerlichen Parteien, wenn es im Interesse ihrer Nachterhaltung notwendig ist. Sie lassen durch ihre Katastrophen, die Reformisten, die Arbeiterorganisationen spalten, Demonstrationen am 1. Mai verbieten, Müllig vollzieht die SPD als die treueste und zuverlässigste Stütze der kapitalistischen Gesellschaft, diese Heftersarbeit. Um so notwendiger aber ist es, daß die Massen der Unterdrückten und Ausgebeuteten sich fester denn je um die einzige Partei scharen, die unerschrocken und konsequent ihre Interessen vertritt. Die Antwort aller Arbeiter auf die Aufbedung der Korruption im Wahlkampf muß sein: Kampf der Kapitalherrschaft! Kampf dem Sozialverrat!

Wenn dieselben Unternehmer, die kein Geld für Lohnmehrhöhungen haben, wenn die Reformisten Schandurteilsprüche fällen, die jahrelange Verlängerung des Tarifs vorsehen, dann kann die Antwort der Arbeiter nur lauten:

Jeder Arbeiter häuft den Wahlfonds der KPD!
Jeder Klassenbewußte Arbeiter zahlt dem Kampffonds der KPD mindestens 25 Pf.

Massenmobilisierung der Arbeiter in Stadt und Land für machtvollen Aufmarsch am 1. Mai, für den Sieg der Liste 5 am 12. Mai, für den Sturz der herrschenden Gesellschaft, für die Diktatur des Proletariats!

schenken, daß diese dem Reich einen kurzfristigen Kredit von 180 bis 200 Millionen Mark gegen 8 1/2 Prozent Zinsen gewähren. Ein solches Geschäft würde dem 700-Millionengeschäft an die Ruhrindustriellen würdig zur Seite stehen.

Die Großbanken begründen ihre freche Forderung damit, daß die Aufhebung der Kapitalertragssteuer im Interesse der „Belebung der Wirtschaft“ nötig sei. Ein Argument, vor dem Herr Hilferding sich sicherlich nicht verschließen kann.

Diese und ähnliche Pläne zeigen den Weg der Diktatur des Finanzkapitals, den Weg der Koalitionsregierung. Die Ausplünderung der Massen und die Millionengeschäfte an das Großkapital bilden zwei Seiten ein und derselben Politik. Gegen diesen Kurs der Massenbeuterei und der Steuererhöhungen an die Bank- und Industrieländer gibt es den einheitlichen außerparlamentarischen Massenkampf zu führen.

1 Jahr Gefängnis!

Neues Schandurteil gegen einen kommunistischen Redakteur

Leipzig, 23. April. (Eig. Drahtbericht)

Gestern fand vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts die Hauptverhandlung gegen den ehemaligen verantwortlichen Redakteur der „Kölnischen Sozialistischen Republik“, Genossen Klepper, Sekretär der kommunistischen Reichstagsfraktion, wegen Vorbereitung zum Hochverrat statt. Obwohl die Richter durch ihr Urteil gegen die Genossen Hauschild und Steinicke sich schon vorher geäußert hatten und deswegen von dem Verteidiger Obuch als befangen abgelehnt wurden, wiesen sie den Vorwurf der Befangenheit zurück und verhandelten weiter. Genosse Obuch

Kurt Sindermann spricht morgen Mittwoch

der Kandidat der Liste 5

20 Uhr, das erstmalig seit seiner Rückkehr aus Moskau

im Regierheim Friedrichstr. (großer Saal)

RFB Groß-Dresden stellt 19 Uhr Fischhofplatz mit Fahnen, Wahltransparenten und Kapellen — Betriebsdelegationen ebenfalls / KPD, RFB

betonte, daß der, was das Reichsgericht betreibe, selbst nach dem Urteil bürgerlicher Zeitungen nicht mehr als Rechtsprechung angesehen werde, sondern öffentliche Politik sei.

Dem bejurorierten Freispruch des Angeklagten hat der Staatsanwalt die Forderung auf 15 Monate Festung entgegengehalten. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Festung und 150 Mark Geldstrafe wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republiksgesetz. Daß der Angeklagte „die verächtliche Hand des Staates schände zurückgewiesen und die Massen weiter aufgeführt habe“, wurde ihm im Urteil strafverjährlich angerechnet.

„Demonstrationsverbot ist Wahnsinn“

Scheinradikales Geschrei der „Linken“ gegen Jörgelbel soll die SPD-Schandtat verbüßen!

In den letzten Tagen bringt ein Teil der „linken“ sozialdemokratischen Presse verächtliche Notizen die sich scharf gegen das Demonstrationsverbot der Volkswirtschaftler aussprechen. Hier unter dem Pseudonym der Arbeiterkraft, aus Mangel vor ihrer Abrechnung hält man aber eine demagogische Sprache für angebracht. Ein Beispiel dafür, wie demagogisch und verlogen der Kampf der „linken“ sozialdemokratischen Führer gegen das Demonstrationsverbot der Jörgelbels ist, bringt die Plauerer Volkswirtschaftler die unter der Heberichschrift „Fort mit dem Wahnsinn des Demonstrationsverbots!“ über die Demonstration von Berliner Arbeitern in verächtlichen Stilleiten der Hauptstadt berichtet. Ein Kommentator die dabei ertönten Zusammenkünfte: „Wundert man sich über derartige Zustände, wenn ein sozialdemokratischer Polizeipräsident keine anderen Methoden, als durchsucht, kennt als die, die die Sozialdemokratie in der Vorfreude stets illusorisch zu machen verstand: das Demonstrationsverbot? ... Verbietet man die Straße für organisierte Demonstrationen der Massenbewegten Arbeiter, dann liefert man sie damit der Herrschaft der Unorganisierten (!) und dem „Element“ (!) aus. Genen Demonstrationen der Unorganisierten und rabulistischen Elemente helfen nur die Demonstrationen der besonnenen organisierten Arbeiterkraft! Soll am 1. Mai die Straße den Rabulisten und den Kommunisten gehören? Man gebe sie den organisierten Sozialdemokraten und Gewerkschaften frei!“

Ein schamloses Demagogie kann es kaum geben. Einerseits gibt man vor, gegen das Demonstrationsverbot zu kämpfen, andererseits behauptet die „linke“ Volkswirtschaft alle Arbeiter, die trotz dem Verbot demonstrieren, einschließlich der vielen Tausende sozialdemokratischer Arbeiter, die mitmarschieren werden als „Unorganisierte“ und „bunte Elemente“! Wer glaubt diesen Predigten noch ein Wort ihres sozialradikalen Geschreis gegen Jörgelbel und die Volkswirtschaftler?

Vom Tage

Seitverächtliche Katten aus Brasilien nach Hamburg eingeschleppt

21. Berlin. Wie Abendblätter melden, ist im Salinenhale in Schöneberg ein Elchhahn polizeilich beschlagnahmt worden, da mit der aus Brasilien kommenden Getreidebeladung, die in Hamburg von einem Heberfeldampfer übernommen worden war, seitverächtliche Katten mit eingeschleppt worden sind. Die Untersuchung wurde eingeleitet, da in Hamburg an Bord des betreffenden Heberfeldampfers ebenfalls seitverächtliche Katten vorgefunden worden sind. Erkrankungsfälle sind bisher nicht vorgekommen.

Drei Kinder von einer Granate getötet

21. Berlin. Am Sonntagabend wurden in Rastenburg, Provinz Hennegau, drei Kinder, zwei Brüder und eine Schwester, die eine Granate gelunden und mitgenommen hatten, durch Explosion getötet.

Zusammenstoß von zwei Flugzeugen bei San Diego

21. New York. Bei San Diego in Kalifornien führte wahrscheinlich infolge von Luftstörungen am 20. April Höhe ein Zusammenstoß von zwei Flugzeugen, so daß beide Flugzeuge in die Tiefe stürzten. Sämtliche sechs Passagiere wurden dabei getötet. Der Militärminister versuchte mit dem Fallschirm abzurufen, aber der Fallschirm verlor sich am Abstieg des Flugzeuges.

Ein tschechisches Militärflugzeug verunglückt

21. Prag. Am Sonntag in den Nachmittagsstunden verunglückte ein tschechisches Militärflugzeug, das von Netra in der Slowakei nach Brno flug. Bereits eine Viertelstunde nach dem Aufbruch begann das neue Flugzeug aus bisher unbekannter Ursache zu sinken und verlor das Gleichgewicht. Der Pilot, der unerschütterlich seinen Fallschirm bei sich hatte, verurteilte während des Abstieges abzurufen. Das Flugzeug kippte um und schlugerte ihn herab. Er wurde unter den Trümmern des Flugzeuges beinahe und war sofort tot.

Kreiserverblosentkonferenz Ostschlesien einstimmig für Liste 5!

Im Bürgergarten in Dresden traten am 20. April die Vertreter der Kreisverblosentkonferenz zusammen, um zur politischen Lage und den Aufgaben Stellung zu nehmen.

Gen. Coertse vom Reichsausschuss wies an Hand von Statistiken nach, daß die Kreisverblosentkonferenz keine vorübergehende ist, sondern eine Dauerkonferenz. Nur durch den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter wird das Kreisverblosentproblem gelöst. Er zeigte den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Forderungen. Zusammenhänge mit den Klassenkämpfen im Reich ist Pflicht. Die Vorgänge in allen Parlamenten zeigen den Arbeitern, daß der Kampf parlamentarisch stärker geführt werden muß. Die Kreisverblosentkonferenzen müssen alles einlehen, um die rote Klassenfront zu härten nur gemeinsamer Kampf garantiert den Sieg des Proletariats.

Gen. M. Schneider zeigte, daß die SPD auch im Ostschlesien die Anträge der letzten Kreisverblosentkonferenz abgelehnt habe. Andere Forderungen: Beilegung der Klassenunterschiede ist von den Sozialdemokraten mit Spott und Hohn abgelehnt worden. Der Abgeordnete Slemons als Sprecher der SPD im Landtag lehnte auch die Anerkennung der Kreisverblosentkonferenzen ab. Nur die KPD hat andere Anträge in Reich, Land und Gemeinde vertreten. Alle Aktionen sind nur von der KPD unterstützt worden. Darum muß alles für den Sieg der Liste 5 eingeleitet werden.

Der Brandierist Niemez erklärte, daß eine Verbindung der Kreisverblosent mit den Arbeitern im Betrieb unmöglich sei. Die Arbeiter seien noch nicht so weit. Es müsse eine andere Taktik eingeschlagen werden. Neue Vorschläge machte er nicht.

Die anderen Disputationsredner bewiesen, daß die Bewegung der Kreisverblosent richtig geführt worden sei und lehnten die Schwarzjeherei von Niemez ab. Die Steigerung der Aktivität der Arbeiter zeigte sich bei den roten Betriebsrätewahlen.

Nach dem Bericht der Kreisleitung wurde eine Delegation, bestehend aus einem KPD-Genossen und den Genossen Seidel (SPD) und Deutscher (parteilos), zur Vertretung des Reichsverblosenttages der Kommunistischen Partei einstimmig gewählt.

Genosse Seidel (SPD) nahm die Wahl an; er sei immer mit der Politik der KPD in den Kreisverblosentfragen einverstanden gewesen.

Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen:

Wissell verlangt 2- bis 3-jährige Lohnabkommen

Hungerchiodsprüche für den Ruhrbergbau und die Berliner Metallindustrie

2 Prozent Lohnerhöhung bis 30. September für die Ruhrkumpeln

Osnabrück, 23. April (Ein Drahtbericht)

Der Schlichter für Westfalen, Professor Brahn, hat gestern einen Schiodspruch für den Ruhrbergbau gefällt. Die Löhne für die Arbeiter unter Tage wurden auf 8,52 Mk. und die über Tage auf 8,36 Mk. je Schicht festgesetzt. Eine Abminderung der Pflanzgebühren soll nicht mehr stattfinden. Die Lohnerhöhung beträgt angeblich 2 Prozent. Das Lohnabkommen läuft bis 30. September 1930. Ein Teil der Lohnerhöhung wird dadurch erreicht, daß die Vez Bräunung in der Form abgeändert werden soll, daß die Summe, um die das jährliche Aufkommen der Lohnsteuer 1930 Millionen übersteigt, bis zur Höhe von 75 Millionen der Knoppschuldversicherung zugelöhnt wird, wodurch eine Herabsetzung der Versicherungsbeiträge für Arbeiter und Unternehmer eintritt. Durch eine Verschiebung in der Berechnung der Lohnsteuer sollen die Bergarbeiter die Lohnserhöhung aus eigener Kasse tragen. Auf diese Weise beträgt, wie die bürgerliche Presse mitteilt, die Mehrbelastung durch den Schiodspruch für die Unternehmer etwa 0,65 Prozent, d. h. in Wahrheit natürlich bedeutend weniger. Die Erklärungsschrift läuft am 23. April ab. Dieser Schiodspruch ist der schändlichste Betrug, der je an den Bergarbeitern verübt werden sollte. Die Gewerkschaftsführer waren nicht, den Schandpakt vor den Arbeitern zu vertreten. Sie kündigen eine Ablehnung an. Die Arbeiter sollen durch eine Verbindlichkeitsklärung vergemachtigt werden. Sie müssen durch Kampfeleitungen den Kampf aufnehmen, ohne die Verbindlichkeitsklärung abzuwarten.

Berliner Metallarbeiter-Schiedspruch unannehmbar

Berlin, 23. April (Eigene Drahtmeldung)

Gestern nachmittag fanden Schlichtungsverhandlungen für die Berliner Metallindustrie statt. Die Unternehmervertreter erklärten wiederholt, daß sie nicht einen Pfennig Lohnerhöhung bewilligen könnten noch wollten. Die Schlichterkammer läßt einen Schiodspruch, der die Löhne der qualifizierten Facharbeiter um ganze 6 Pf., die der Facharbeiter um 5 Pf., der angelernten Arbeiter um 4 Pf. erhöht. Die Löhne der angelernten Arbeiter sollen ebenfalls nur um 4 Pf. auf 84 Pf. aufgeschoben werden. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen nach wie vor nur 70 Prozent der Männerlöhne, und auch die bisherige Gruppenverteilung soll beibehalten werden. Das Lohnabkommen läuft bis 30. September 1930. Die Erklärungsschrift läuft am 23. April ab. Dieser Schiodspruch bleibt weit hinter den Forderungen des Metallarbeiterbundes zurück. Nicht einmal die Forderungen werden erreicht, die der DMB bereits vor zwei Jahren gestellt hat.

Die Demonstrationsverbote vor dem Preussischen Landtag

Otto Braun kündigt unter johlendem Beifall der Bürgerlichen rücksichtslose Einziehung aller staatlichen Machtmittel an. Die Tribüne wird wegen Zustimmung bei den Kommunisten geräumt

Berlin, den 22. April.

Gewonnen durch einen Mißtrauensantrag gegen den Polizeiminister Graf v. Helldorf am Montag SPD und Arbeiterliche dazu bequemen, endlich im Landtag zu den Grafen v. Helldorf-Verboten Stellung zu nehmen. Der Mißtrauensantrag und der weitere Antrag unserer Genossen auf Aufhebung aller Demonstrationsverbote wurden mit der Beratung des Etats des Staatsministeriums und des Militärpräsidenten verbunden. Das war eine kleine Schickung des Landtagspräsidenten und der Heilmann-Fraktion mit der Absicht, die Anträge gegen den Polizeiminister und Graf v. Helldorf in der nächsten Sitzung des Reichstages zu erledigen zu können. Aber gerade die Be-

spiegelung der Anträge mit dem Etat des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ist ein Beweis mehr, daß der sozialdemokratische Polizeiminister der politische Kurs des neuen Reichstages ist, in den sich die Diktatur der Trustbourgeoisie hält.

Der Mißtrauensantrag wurde vom

Genossen Schwenk

in einer grundlegenden Rede begründet. Ausgehend von der Verhängung des Heilmann-Festsetzungsgesetzes über Verbot von Jörgelbel und dem bekannten Grafen v. Helldorf vom 21. 3. in dem Verbot gegen die SPD und den KAP angedroht werden, zeigte er auf, daß die Grafen v. Helldorf und Konsorten nur Instrumente der schwerkriegsähnlichen Diktatur sind, deren Freie ja auch die Demonstrationsverbote und Verbotssanktionen jüdelnd begrüßt. Gen. Schwenk schloß seine Ausführungen mit den Worten: Die Arbeiterkraft, die bei den Betriebsrätewahlen ihren Kampfwillen zum Ausdruck gebracht hat, wird sich durch keine Panzerwagen der Polizei, durch keine noch so arbeitslosen Polizei- und Militärverbote Jörgelbels abhalten lassen, am 1. Mai auf die Straße zu gehen und ihre Kampfziele zu demonstrieren. Sie wird die Schranken der Grafen v. Helldorf und Jörgelbel im Auftrag der Bourgeoisie ertreten, machtlos durchbrechen und heiprecht über sie hinwegschreiten. Die proletarische Revolution läßt sich nicht verbieten, läßt sich nicht niederschlagen; sie wird triumphieren allen Widerständen zum Trotz! (Bravo! bei den Kommunisten.)

Die Heilmann-Fraktion schiedte die unbekannte „Novembergroße“ Kundat vor, der erklärt: die politischen Maßnahmen seien ergriffen worden, um es gar nicht erst zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen zu lassen.

Der folgende Redner, der Deutschnationale v. Kahl erklärte, es sei erwidert, wenn die Staatsregierung am 1. Mai einen starken Arm gegenüber den Kommunisten jagt. Der Stahlhelm bedrohe diesen Staat nicht. Wenn die Deutschnationalen trotzdem für den kommunistischen Mißtrauensantrag stimmen, so nur deshalb, weil sie für die Freisetzung der nächsten Parteipolitik im Parlament seien, d. h. weil sie nicht selbst an der Antitrone hängen.

Ministerpräsident Braun provoziert!

Reber den Kurs der Preussischen Politik hielt der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun eine längere Rede als Erwiderung. Zum Demonstrationsaufruf der Kommunisten erklärte er: Wenn die Kommunisten in Mißachtung der Verbot am 1. Mai zu Demonstrationen aufrufen, ja sogar schon Teile von Verbündeten anfordern, dann halte er es für erforderlich, zu erklären: Der preussische Staat wird zur Wahrung seiner Autorität, zur Sicherung von Ruhe und Ordnung, sowie um der Freiheit der anderen Staatsbürger willen alle erforderlichen Mittel einlehen. Wer die Arbeiterkraft trotz des Verbotes auf die Straße führt, muß sich bewußt sein, daß er nicht nur die moralische, sondern auch die strafrechtliche Verantwortung tragen muß.

Die Erklärung Brauns wurde mit johlendem Beifall von der SPD und allen Bürgerlichen aufgenommen. Die Kommunisten riefen Otto Braun zu: „Diese Drohungen schrecken uns nicht!“

Genosse Schwenk, Neutölln, tritt in eindringlicher Rede dem sozialdemokratischen Braun entgegen und erklärt: „Es ist nicht, wir bekämpfen diesen Staat, weil seine Grundlagen im Grunde an den Produktionsmitteln, das ist in den Händen der Kapitalisten befindet, liegt. Und bevor nicht die soziale Grundlage einen völligen Umsturz erfahren hat, die Produktionsmittel in den Händen der werktätigen Massen sich befinden, ist der Staat für das Proletariat nicht verteidigungswertig. Allen Unterdrückten, Knechtungen und Demonstrationen bieten zum Trotz sagen wir:“

Die proletarische Revolution in ihrem vollen Maß hält weder ein Verbot, noch Herr Grafen v. Helldorf auf!“

(Bravo! bei den Kommunisten, Handklatschen auf den Tribünen.) Der Präsident läßt die Tribüne räumen. Stürmische Zurufe bei den Kommunisten: „Das ist pure Demokratie!“

Die Debatte geht weiter.

Heute 19,30 Uhr im Bürgergarten, Dresden-Löbtau, wichtige Parteiarbeiterkonferenz!

Entscheidung.

Die Kreisverblosentkonferenz der Kreisverblosentkonferenzen Ostschlesiens am 20. April 1929 in Dresden ist seit, daß alle bürgerlichen Parteien einschließlich der SPD in Reich, Ländern und Gemeinden die Anträge der Kreisverblosentkonferenz auf Aushebung und Erhöhung der Unterstützung abgelehnt haben. Ebenso sind bis heute noch keine Maßnahmen ergriffen worden, um für die Kreisverblosentkonferenz zu schaffen.

Dagegen hat die Koalitionsregierung und die hinter ihr stehenden Parteien durch die Schaffung der Sonderfürsorge für Saisonarbeiter die Bestimmungen des AUSAUSG noch weiter verächtlicht.

Die Ausweisungen des AUSAUSG, insbesondere die Anwendung der Zensurenbestimmungen und der Strafparagrafen haben gezeigt, daß dieses Gesetz geschaffen worden ist, um die Unterstützungspflicht des Staates gegenüber den Arbeitlosen zu beilegen.

Der Kampf der Kreisverblosentkonferenz um höhere Unterstützung, besonders um Aushebung der Arzelenfürsorge ist im Reichstag von den bürgerlichen Parteien und insbesondere von der SPD mit einer elenden Komödie beantwortet worden. Die Vorzüge am 2. im Reichstag, wo die SPD, auch die „linken“ SPD-Führer, gegen ihre eigenen Anträge stimmten, zeigen dies deutlich. Die Reformen verlangen durch eine Seite gegen die Kreisverblosentkonferenzen die Kreisverblosentbewegung zu zerlegen. Die Kreisverblosentkonferenzen sind geschlossen gegen diese brutalen Maßnahmen der Reformisten. Die vergangenen Kämpfe der Kreisverblosentkonferenzen haben gezeigt, daß nur die KPD die Kreisverblosentkonferenzen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützt. Die Kreisverblosentkonferenzen der neuen Kämpfe am 4. Mai läßt die Arzelenunterstützung ab. Das Gesetz für „berufsbahne“ Arbeiter im Sommer ist in Vorbereitung. Scharfe Kampfereitschaft ist das Geheul der Stunde.

Die Konferenz verpflichtet alle Kreisverblosentkonferenzen, gemeinsam mit der KPD alle weiteren Kämpfe zu führen. Am 1. Mai gilt es aufzumarschieren gegen den Klassenverrat der SPD — für die alten sozialistischen Arbeiterforderungen: Achtstundentag, ausreichende Unterstützung, Kampf gegen imperialistische Kriege. Die Wahlen zum Sächsischen Landtag am 12. Mai müssen zur außerparlamentarischen Mobilisierung der werktätigen Massen benutzt werden. Die heutige Konferenz fordert alle Kreisverblosentkonferenzen auf, alle Kräfte für den Sieg der Liste der KPD, Liste 5, einzulehen.

Einstimmig wurde von Reichstag und Reichsregierung gefordert: Gewährung der Arzelenunterstützung für alle Berufs für die Gesamtbauer der Arbeitslosigkeit, in der Höhe der Kreisverblosentunterstützung nach Klasse 1.

Zur Geschichte des 1. Mai

Maifeier und Bourgeoisie

Der Aufmarsch der revolutionären Arbeiterbataillone am 1. Mai wird in diesem Jahre zu einer besonderen Nachprobe zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie werden. Seitdem der Maifeiergedanke marschiert, hat das kapitalistische Regime stets mit Polizeiterror, Ausperrungen und Massenentlassungen gegen die Arbeiterschaft gewütet. Nach der Revolution waren es in immer steigendem Maße die sozialdemokratischen Führer, die den Maiaufmarsch der Arbeiterschaft, — wenn sie ihn schon nicht verhindern konnten, — in den Dienst ihrer Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie zu stellen versuchten. Durch Demonstrationen verbote für die wichtigsten Hauptstädte Deutschlands, durch planmäßige Vorbereitung eines Blutmassakers unter der Arbeiterschaft, wollten die Polizeisozialisten diesmal ihre Todsünde gegen den revolutionären Charakter des 1. Mai und ihre Treue zur Bourgeoisie beweisen.

Trotz alledem wird die Arbeiterschaft marschieren!

Als der Beschluß des Pariser Internationalen Kongresses am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag und einen wirksamen Arbeiterschutz, sowie gegen den Militarismus zu demonstrieren, in der Arbeiterschaft bekannt wurde, stieß er überall auf begeisterte Zustimmung. Es war in Paris nicht beschlossen worden, daß der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert werden soll. Die Massen aber hielten von vornherein die Arbeitsruhe als die wirksamste Form der Maifeier. Die Massen waren es, die der Maifeier instinktiv und spontan die proletarische, rebellische Note gaben. „In dieser Form der Verwirklichung durch allgemeine Arbeitsruhe hatte der Gedanke der Maidemonstration in der sozialistischen Berliner Arbeiterschaft geblüht. Schon im Sommer 1889 war in Berlin die Frage in öffentlichen Versammlungen erörtert und überall mit der Annahme von Resolutionsbeschlüssen beantwortet worden, kraft deren sich die Versammelten für Arbeitsruhe auszusprechen, bzw. sich verpflichteten, den 1. Mai durch Ruhelassen der Arbeit zu feiern.“ So schreibt Ed. Bernstein in seiner „Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“, und so war es in den meisten größeren Orten Deutschlands und ganz besonders auch Oesterreichs. So war es aber auch in den meisten anderen Ländern. Überall war der erste Gedanke der Arbeiter:

Wenn wir diesen Tag feiern, dann soll es nur durch Arbeitsruhe geschehen, ob die Unternehmer wollen oder nicht.

Daß dieser Gedanke besonders in Deutschland lebendig war, dazu trugen die besonderen Zeitumstände natürlich nicht wenig bei. Das Sozialistengesetz näherte sich seinem Ende. Der jähre Widerstand der sozialistischen Massen war härter gewesen als der „Eiserne Kanzler“ und sein ganzer Machtapparat. Dieser Umstand stärkte das Kraftbewußtsein der Arbeitermassen ungemein.

Diese instinktive, revolutionäre Note, die die Arbeitermassen der Maifeier sofort, ohne irgendwelche Beschlüsse der Anstalten, gaben, war es denn auch, die auf der anderen Seite, bei der Bourgeoisie, sowohl Angst als auch erbitterte Wut erregten. War es schon schlimm genug, daß diese damals noch revolutionäre Sozialdemokratie von Wahl zu Wahl, von Jahr zu Jahr, immer rascher wuchs, so wollten diese Notizen nun auch noch, gegen alles Herkommen, gegen Gott und König, einen Arbeiterfeiertag haben und ihn ganz offen dazu benutzen, der ganzen kapitalistischen Welt ihre Todsünde ins Gesicht zu schleudern. Dazu kam noch, daß damals der Glaube an den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus, an den „Kladderadatsch“, wie Friedrich Engels und August Bebel sich oft ausdrückten, in der ganzen sozialistischen Arbeiterwelt ganz allgemeiner war und auch täglich laut ausgesprochen wurde, und man versteht, wenn das Bürgertum damals dachte: die Revolution steht unmittelbar vor der Tür.

In der Tat erblickte die ganze Bourgeoisie in der Maifeier den Anfang der sozialen Revolution oder doch mindestens ihre Generalprobe. Bei aller übertriebenen Angst stieß doch darin mehr als ein Körnchen Wahrheit. War doch die Maifeier vom ersten Tage an eine scharfe Kampfanzeige an die kapitalistische Gesellschaft.

So wurde denn überall, in Berlin und Rom, in Paris und Wien, das Militär bereitgehalten, und mit scharfer Munition ausgerüstet. In den letzten Wochen vor dem 1. Mai bildete in den großen Städten die Maifeier, wie Louise Kautsky erzählt, fast den einzigen Gesprächsstoff. Die Spielbürger waren aus höchste Beunruhigung und Erregung. Die Ladeninhaber ließen alle Türen und Läden verschließen mit Schlössern, Riegeln und Eisenverkleidungen. „Ein von ihnen wardte sich an Karl Kautsky, „mit der lebenden Bitte“, in der Sozialdemokratie, in der er doch solchen Einfluß hätte“, dahin zu wirken, daß ihm eine aus aufrichtigsten Genossen bestehende Wache vor seine Geschäftsräume gestellt werde. Damals hatten aber Kautsky und die Sozialdemokratie diese Funktion noch nicht übernommen.

Die Wiener Neue Presse schrieb am 1. Mai 1899 wörtlich:

„Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore und Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verdet, Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Geschloßern laftet der Druck einer lächerlichen Sorge. Das ist die Volkshysterie unserer Stadt am Festtag der Arbeit.“ (Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.)

Der Maifeiergedanke, wie er bei den Arbeitern geblüht hatte, prallte naturgemäß besonders hart zusammen mit der Unternehmerideologie. Ohne und gegen ihren Willen wollten die Lohnsklaven einen Tag frei sein. („Wir sind noch arm und sind nicht frei — Und sind noch nicht ertötet. — Und feiern doch den 1. Mai — Als wären wir entleert.“ — Kaiserl. Vorwärts, zitiert bei Giovanoli: „Die Maifeierbewegung.“)

Die Unternehmerideologie war die der Herren Krupp, der „leinen“ Arbeitern unerbittlich sagte: „daß ich in meinem Hause wie auf meinem Boden Herr sein und bleiben will“, aber die des Herrn Rindorf, nach dessen Ansicht „die

deutsche Industrie nur durch Zucht und Ordnung groß geworden sei und daß man deshalb trotz aller Angriffe an dem Herrenstandpunkt festhalten müsse“. Für diese Herren war die Maifeier natürlich eine Meuterei.

In Hamburg zum Beispiel hatten die Beschlüsse der Arbeiter, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, die Wirkung, daß am 21. April 1890 eine Anzahl von Unternehmern sich zu einem „Industrie- und Gewerbeverband“ zusammenschlossen, mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Maifeier zu verhindern. Zur Erreichung dieses Zweckes gründeten sie einen Garantiefonds, aus dem kleinere Unternehmer bei Streiks unterstützt werden sollten, der bald die Höhe von 1.500.000 Mark erreichte. Verhindern konnten die Herren die Maifeier nun zwar nicht, aber sie vermochten doch eine Anzahl von Teilnehmern eine Zeitlang auszusperrn.

In Berlin entstand zu derselben Zeit der „Verband Berliner Metallindustrieller“,

der der Berliner Schuhmannschaft 3000 Mk. überreichten ließ, „für die am 1. Mai geleisteten Dienste“.

Der „Zentralverband der Industriellen Oesterreichs“ ist unmittelbar aus der Maifeierangst der Bourgeoisie entstanden. Später entstand die „Freie Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der optischen Anstalt C. F. Goerz in Friedenau. Am 21. April 1906 faßte die Arbeiterschaft dieses Betriebes den Beschluß, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. Ein Teil der Arbeiter teilte der Direk-

tion mit, daß sie mit diesem Beschluß nicht einverstanden seien. Natürlich geschah das auf Druck der Direktion und diese gründete dann den gelben Verein. Das war die Antwort der Bourgeoisie auf die proletarische Maifeier. Die wort der Bourgeoisie auf die proletarische Maifeier. Die Scharfmacher aller Länder schritten eben den proletarisch-revolutionären Grundcharakter dieser Feiertage sofort heraus. Daher ihr Widerstand, der sich auch frühzeitig darin verfuhrte, den revolutionären Charakter der Maifeier in einen „neutralen demokratischen Spaziergang für die Rechte der Arbeiter“ zu verwandeln. Der reformistische Flügel in der alten Sozialdemokratie leistete dabei schon damals die besten Hilfsdienste. Weder das eine noch das andere vermochte der Arbeiterschaft den revolutionären Gedanken der Maifeier aus den Herzen zu reißen, noch auch ihn zu verwandeln.

Sozialdemokratische Führer verbieten im Auftrage der Truttbourgeoisie in diesem Jahre den Maiaufmarsch.

Die zischen Truppen um die Arbeiterzentren zusammen, sie verteilen scharfe Munition und Handgranaten zur Niederschlagung der aufmarschierenden Arbeiter. Sie haben es den wilhelminischen Polizeigewaltigen der Vorkriegszeit trefflich abgesehen und übertreffen sie noch an reaktionärer Einstellung. Trotz alledem wird die Arbeiterschaft am 1. Mai auf der Straße sein und wagtiger denn je wird der Bourgeoisie und ihren sozialimperialistischen Anachten der Kampfes der Weltrevolution in die Ohren gellen.



Bergebliche Liebesmüh!

Was Jagow und Wilhelm nicht gelang, wird Zörgiebel und Hindenburg auch nicht gelingen!



Berlins Metallarbeiter in geschlossener Front

gegen Ulrichs Spaltungskurs — für revolutionären Maiaufmarsch

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Am Sonntag fand in den Sophienböden eine Konferenz der oppositionellen Metallarbeiter statt, die zu den bevorstehenden Lohnkämpfen, zu den Spaltungspraktiken des Deutschen Metallarbeiterverbandes und zum 1. Mai Stellung nahm. Die von dem Komitee zur Abwehr der Spaltung und Ausschüsse im DMB einberufene Tagung war von 363 Delegierten besetzt, von denen 293 Delegierte 151 Betriebe mit einer Belegschaft von 111.153 Arbeitern vertraten. In den gesamten Berliner Metallbetrieben sind etwa 225.000 Arbeiter beschäftigt. Das Komitee hat also zur ersten Konferenz die gute Hälfte der Berliner Metallarbeiter hinter sich versammelt. Der Branchenleiter der Hohlzieher, Niederzieher, betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß die Konferenz entgegen allen Behauptungen des Vorwärts, verhindern solle, daß der DMB durch die sozialdemokratischen Führer der Berliner Ortsverwaltung gespalten werde. Genosse Pelche zeigte in seinem Referat den Weg, den die Berliner Metallarbeiter zu gehen haben. An dem Beispiel des heldenmütigen Hennigsdorfer Kampfes zeigte er, daß unter den Metallarbeitern der Wille zum Kampf um bessere Lebensverhältnisse vorhanden ist. Unter der Führung von Kampfleitungen müssen alle Vorbereitungen für den erfolgreichen Kampf zum Tarifabschluß am 30. April getroffen werden. Restlose Beteiligung an der Demonstration am 1. Mai muß der Kulstakt dazu sein. Eine Resolution fand einstimmige Annahme. In der Aussprache fanden die Mitglieder der Hennigsdorfer Kampfleitung sowie Vertreter der SPD begeisterten Beifall. Unter den Delegierten wurde eine Sammlung für die streikenden Hennigsdorfer Arbeiter vorgenommen und ein Appell beschlossen, der verstärkte Solidarität zusichert. Das bis herie provisorische Abwehrkomitee wurde auf 11 Mitglieder vergrößert und durch einstimmigen Beschluß zur händigen Einrichtung gemacht. Für den bevorstehenden Lohnkampf wurde ein vorbereitendes Komitee eingesetzt, das sich aus 24 Vertretern der wichtigsten Großbetriebe zusammensetzt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, die sich besonders mit der Abwehr der Spaltung und der Ausschüsse beschäftigt.

Am 1. Mai — Straße frei!

In der letzten Mitgliederversammlung des Gemeindef- und Staatsarbeiterverbandes in Raitzow in Oberschlesien wurde nach der Neuwahl des Vorstandes, der sich jetzt aus 9 Oppositionellen und 2 SPD-Kollegen zusammensetzt, (bisher 9 SPD und zwei

Oppositionelle), einstimmig beschlossen, den 1. Mai unter revolutionären Losungen zu begehen und zu demonstrieren.

Zunehmend große Betriebe in Halle beschließen am 1. Mai Arbeitsruhe und Beteiligung an der revolutionären Demonstration. So die Belegschaftsversammlung der Firma Feinleber-Wilchdorf und der Firma Engelhardt und Freybergbrauerei. Auch auf dem hessischen Lande in Bezirk Halle-Merleburg beschließen die Arbeiter, revolutionäre Demonstrationen, so des Ortsarbeitsrats Landsberg und eine Sitzung sämtlicher Arbeiterorganisationen in Günsterrich.

Der Ortsauschluß des DMB in Gräfenhain beschloß einstimmig eine Demonstration unter revolutionären Parolen und einen scharfen Protest gegen die Verbote der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

Die Freiberger in Hamburg-St. Pauli beschließen in ihrer letzten Belegschaftsversammlung, sich geschlossen an der AFD-Maidemonstration zu beteiligen. Die gleiche Entschlossenheit wurde von der Belegschaft der Futtermühle Michael in Wilhelmshagen angenommen.

Nicht nur in Berlin, sondern auch in seiner Umgebung wird der 1. Mai im Zeichen des Klassenkampfes stehen. So beschloß der DMB in Rätzow Demonstration am 1. Mai unter revolutionären Parolen; ebenso der Ortsauschluß des DMB in Teltow, der Ortsauschluß in Briesen und in Kallberge.

Der Ortsauschluß des DMB in Jilzig beschloß auf einen Vorstoß der Opposition eine Urabstimmung darüber durchzuführen, daß das Referat bei der Waldneranstellung nur einem Redner übertragen werden soll, der auf dem Boden des unerschütterlichen Klassenkampfes steht. Die Urabstimmung ergab eine Mehrheit von 80 Prozent für den Antrag.

SPD für Demonstrationsverbot am 1. Mai!

Der kommunistische Antrag in der Hamburger Bürger-schaft, am 1. Mai das Demonstrationsverbot und die Bann-mulle aufzuheben, sowie die öffentlichen Gebäude rot zu beflaggen, wurde von der bewährten Einheitsfront Deutsch-nationale bis Sozialdemokraten abgelehnt.

Unser Gesetz, Bürgerin!

Unser Gesetz, Bürgerin: **Im Moral!**
Wir schenken das lebende Leben.
Ob du in Höhlen oder im Stall,
Oder auf Straßen und Wäldern gehst,
Verkümmerten Leibes am Werden verreckt —
Überall!

Unser Gesetz, Bürgerin: **Im Menschlichkeit!**
Wenn auch dein Körper von Schwindlicht zerlegt —
Belächelt und verhöhnt als Freiwild gehst,
Einen sterbenden Krüppel säugt? —
Denn an die ewige Seligkeit:
Unser Gesetz ist Menschlichkeit!

Unser Wollen, Bürgerin: **Im Profit!**
Wir schenken den werdenden Klauen.
Der an Maschinen — im Dunkel der Stollen
Stöhnend erschafft das, was wir wollen.
Kommt er erschläft im Tempo nicht mit?
Unser Gesetz, Bürgerin: **Im Profit!**

AUS DRESDNER GERICHTSSALEN

Mordprozeß Rhöfen

Der einzige „Seniationsprozeß“ der 2. Tagung des Schwurgerichts ist vorbei. Die bürgerliche Chemoal hat dabei wieder einen Stoß erhalten. Wie die bürgerliche Gesellschaft hier über ihr Opfer herfiel, zeigt, daß sie den Boden unter ihren Füßen verliert. Der Händler Rhöfen aus Dresden mußte sich wegen „mit Heberlegung ausgeführten“ Mordversuchs verantworten. Der Tatbestand ist kurz folgender: Am 6. Januar d. J. soll R. seine Frau von der Landungsbrücke der Fährte Eisenbergstraße-Dorf Loms hätte, in der Nacht, sie zu töten, in die Elbe gestochen haben. Der Angeklagte bestritt jede Mordabsicht. Seine Frau sei infolge der Glätte ausgerutscht und ins Wasser gefallen. Von einer Eishölle getrieben, sei sie auf eine leichte Stelle getrieben; er, Rhöfen, habe sie darauf aus dem Wasser gezogen. Am 8. Januar aber erstattete die Frau Anzeige. Ehe dieser Vorfall erfolgte, war die Ehe jahrelang zerrüttet. Rhöfen führte aus, nachdem er seine Frau durch ein Verträgnis mit demselben getrennt und sie ihm ein Kind geboren, habe sie den Geschlechtsverkehr nicht mehr aushalten können. Mit Zustimmung seiner Frau sei er deshalb zu anderen Frauen gegangen. So habe er auch eine gewisse W. kennengelernt. Doch zu Weihnachten und Silvester habe seine Frau auf einmal angefangen, ihm Vorwürfe zu machen. Sie habe erklärt, sie wolle sich das Leben nehmen. Jede Woche habe man gemeinsame Spaziergänge unternommen. Zweimal seien sie vor dem 6. Januar denselben Weg, also auch auf der Landungsbrücke, gegangen. Beim drittenmal sei das Unfälle geschehen. Die Zeugen, Mitbewohner des Hauses, bezeugen, daß die Ehe an und für sich glücklich erschienen sei. Frau Rhöfen bestritt die Aussagen ihres Mannes. Nach ihrer Schilderung wurde sie von ihrem Mann wie eine Sklavine behandelt. Sie habe alles tun müssen, was er befehl. Ihre Aussagen zu dem eigentlichen angeblichen Mordversuch waren das glatte Gegenteil des von ihrem Manne Gesagten. Als ihr Mann an diesem Sonntag vom Besuch seiner Geliebten aus dem Krankenhaus nach Hause gekommen, habe er sie aufgefordert, mit ihm an die Elbe zu gehen. Sie habe sich geweigert, da sie am Tage vorher von einer „so tömlichen Aktion befallen worden sei“. Auf Zureden ihres Kindes sei sie doch mitgegangen. Als

er sie begab sie sich auf die Brücke. Als sie sich noch ungefähr 50 Zentimeter vom Wasser befunden, habe sie einen Stoß in den Rücken erhalten, so daß sie kopfüber ins Wasser gestürzt sei. Der Staatsanwalt führte aus, daß R. seine Frau nicht als gleichberechtigt, sondern als Ware betrachtet habe. (Wie wird er wohl seine Frau ansehen?) Rechtsanwalt Giese plädierte in seiner Verteidigungsrede nur auf der Oberfläche herum, ging auf die inneren Ursachen nicht ein. Neben dem Urteil war sich alles klar. 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrenrechtsverlust wurden verhängt. Mit Zuchthausurteilen räumt man freilich den Widerstand der bürgerlichen Ehe nicht aus der Welt. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung läßt eine andere Lösung einer zerrütteten Ehe als durch Wiederverheiratung nicht zu! Die Klassenjustiz beharrt mit solchem Urteil nur in einer Wunde am Gesellschaftskörper herum. Die Trennung der Ehe in solchen Fällen wird erst in der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich. Hier wieder ein Beweis, daß das bürgerliche System längst faul, innerlich morisch ist und deshalb von revolutionären Proletariat in all seinen Teilen radikal umgestaltet werden muß.

Meineid

In der ersten Schwurgerichtssitzung verhandelte man gegen die Aufwärtlerin Ella Kull aus Dresden. Zeugenmeineid. Im August 1925 wurde die K. zu einer Vernehmung geladen. Sie sollte den ihr bekannten Aufenthaltsort ihres Verlobten, der von der Polizei gefasst wurde, angeben. Die K. weigerte sich jedoch freiwillig zu machen, schwur sie, daß ihr der Aufenthaltsort des S. unbekannt sei und daß sie niemals beabsichtigt habe, ihn zu heiraten. Später stellte sich heraus, daß sie informiert gewesen. Der Staatsanwalt sah die „moralische Schuld“ der K. als erwiesen an. Er beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Urteil lautete schließlich auf 6 Monate mit 4 Monaten Bewährungsfrist. Wo aber liegt die Schuld? In dieser Sache beim „deutschen“ Staat selbst. Weil die Polizei gar zu gern „den S. verhaften wollte“, legte sie sich über das Zeugnisverweigerungsrecht der Verlobten hinweg. Kein Mensch hatte ihr gesagt, daß die Aussage verweigern könne. Sie gab also, gezwungen durch die uns allen bekannten Untersuchungsmethoden, bei der Vernehmung die Unwahrheit an. Der Meineidsparagrafenleude ist wieder eine Proletarierin zum Opfer gefallen. Der „Gerechtigkeit“ aber ist Genüge getan. — Eine neue Meineidsklage. Der Schlossermeister Mag. Fleischer aus Radeberg soll sich bei Leistung des Offenbarungseides des Meineids schuldig gemacht haben, indem er einen Lizenzvertrag im Vermögensverzeichnis nicht mit angeführt habe. Fleischer, der ein Patent angemeldet hatte, suchte zur Auswertung Geldleute. Die großen Betriebe hatten kein Interesse. Die Auswertung wurde darauf in eigene Regie übernommen. Weil sich im Vertrag Klauseln befanden, wonach F. für jedes von ihm fertiggestellte Stück 50 Pf. und für jedes verkaufte 1 RM bekommen sollte (was er nicht angeben hatte), kam er vor das Schwurgericht. Und das, obwohl er die Lizenzgebühr nie erhalten hat. Dann führte der Angeklagte noch aus, nicht ihm, sondern seiner Tochter habe das Patent gehört. Er habe sich nur die Vertretung vorbehalten. Die Zeugen müßten die Aussagen des F. bestätigen. Das Urteil lautete in diesem Falle auf Freispruch. Der Staatsanwalt sah sich selbstverständlich veranlaßt, ein Jahr Zuchthaus und 2 Jahre Ehrenrechtsverlust zu beantragen.

Arbeitslosenentschuldung

Der Schönsteinfegergehilfe F. der eine Zeitlang ohne Arbeit war, bekam eine achtstägige Ausbildung zugewiesen. Am Austrittstag verließ er es der F. Da er der Meinung war, daß er durch das Verlassen nicht antomme, ging er zurück ins „Karlshof“. Doch dort verlangte man von ihm eine Bescheinigung, daß er nicht habe anfangen können. Woher nun diese Bescheinigung nehmen? Braute er sie nicht bei, erhielt er keine Unterhaltung. Hunger und Obdachlosigkeit drohten. Eine Bescheinigung war schnell geschrieben. Die Fälschung wurde entdeckt. Das Arbeitsamt erstattete Anzeige. Das Urteil lautete auf zwei Wochen Gefängnis. Bei Zahlung von 30 RM Buße wird eine dreijährige Bewährungsfrist angerechnet. Und das Fazit: Die Methoden der Erwerbslosenfürsorge haben ein Opfer gefordert. Dies Urteil klagt das System an. Cola.

Der Kleinbürger vor Gericht

Vor dem Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Breitkopf wegen Erpressung und schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Nach seinem Bankrott war er in eine wirtschaftliche Notlage geraten. Er erhielt keine Unterstützung und suchte sich deshalb durch ein nicht alltägliches Mittel Geld zu beschaffen. So schickte er an einen Dr. Kündel Briefe, die er mit falschem Namen unterzeichnete. Im ersten schloß er keine wirtschaftliche Lage und bat um eine Unterstützung. Bei Nichtzahlung drohte er Dr. K. mit Anzeige wegen gewerwerblichem Diebstahl. Dr. K. antwortete nicht. Darauf folgte ein zweiter Brief. Einige „Hülle“, in denen sich der Arzt fürchtete gemacht haben sollte, waren darin angeführt. Als Hauptpostamt kam, um Antwort oder Geld in Empfang zu nehmen, wurde er verhaftet. Dr. K. beschwor, sich nie gegen 88 218/219 schuldig gemacht zu haben. Breitkopf wollte die angeblichen „Hülle“ von einem Mädchen, das er nicht kannte, erhalten haben. 5 Monate Gefängnis. So „führte“ das Gericht sein Vergehen.

Betrüger mit dem falschen Einwohnermeldechein. Ein Unbekannter erlangte vor einiger Zeit in mehreren Dresdner Geschäften Textilwaren und Radiogeräte im Werte von etwa 400 Mark, gegen geringe Anzahlung und verschwand. Der Schwindler zeigte beim Kauf einen vermutlich gefälschten Einwohnermeldechein auf den Namen des Handlungsgehilfen Rudolf Benedict Josef Benzel, geboren am 4. August 1902 in Dresden, vor. Als die vereinbarten Ratenzahlungen ausblieben, stellte sich heraus, daß die auf den Einwohnermeldechein gegebene Person nicht der Käufer war. Bisher konnte der Schwindler nicht ermittelt werden.

Treudefischer Phrasenreichtum

Der Teutische See-Verein . . . von Dresden hatte den Jettentaplan A. D. Scheide (ausgerichtet Scheide) zu seiner „Reubebung“ verpflichtet. Ehe man so weit kam, dessen „Reubebung“ zu hören und zu verdauen, empfingen einen die „Blauen Junges“. (In dieser Zeit waren sie noch nüchtern, A. D. hatte noch nicht gesprochen.) Die (abkommandierten) Besucher waren „Stahlhelmer“, „Sejungstouen“ und andere „Seebelden“. Der Verein hat auch einen „schneidigen Vorhänger“. (Bei einem paar Männchen von Mitgliedern ist das ja die Hauptfrage). Der wurde gezeigt. Seine Lobhude auf den „Seiger“ der Jettentaplan, sowie die Art seines Vortrags nach der „neuen deutschen Seegelung“ gingen zur Rot als humoristische Einlage noch an. Die Hauptattraktion war aber der Vortrag über „Der stille Kampf auf den Meeren“. Mit Beifügen und Jammern bedauerte er den Verlust der teutischen Flotte, erklärte, daß er sich nicht wunderte, wenn es herauskommen würde, daß der Brand auf der „Europa“ von der geographischen Kontinuität angelegt worden sei. Als er dann auf die Anknüpfung der Weltlage zu sprechen kam, offenbarte sich eine große „Wissenschaft“. Immerhin: den „Appellahn“ der Toni Sender der roten Toni, zeigte er als das auf, was er wirklich in Ganz offen erklärte er, daß der „Kampfer“ A. nur zum Kampf gegen den Osten (lies Sowjetrußland) Verwendung finden dürfe. Seine Erklärungen wird die Arbeiterklasse damit beantworten, indem sie dafür sorgt, daß aus dem „Kampfer“ A. ein „Botemku“ wird. Die rote Farbe dazu wird den Sozialdemokraten und ihren „teutischen“ Parteien am 12. Mai bereits in Sachsen bisten vor den Augen flimmern.

Leuben. Donnerstag der 25. April findet um 19.30 Uhr in den Stephansbühnen in Leuben ein russischer Filmabend statt. Zur Aufführung kommen „Der Schiefer fällt“ und das Lustspiel „Der Soldat Ivan“. Eintritt 60 und 30 Pf.

Im Zeichen der Sozialreaktion

Fortsetzung der Stadthausplan-Debatte

Begeleien Röh' sprengen die Sitzung!

Gestern fand im Dresdner Stadthausplan-Kollegium die Fortsetzung der Haushaltsplanberatung statt. Als erster Redner legte Röh' sein

die Stellung der Deutschen Volkspartei zum Klassenetat des sozialdemokratischen Finanzregimentes Führer dar. Er verlangte selbstverständlich noch mehr Sparmaßnahmen im Haushaltsplan, verworf den „schamatischen Aufbau“ des Führer-Etats und sprach sich für größere „Bewaglichkeit“ aus. Hinter seinen Ausführungen, in denen er schließlich davon sprach, es müsse alles zum Wohle des deutschen Vaterlandes getan werden, begegnete er im Grunde genauen der Einstellung der übrigen bürgerlichen und der sozialdemokratischen Fraktionen, die mit dem Hinweis auf die Haushaltsberatungen ihre Wähler darüber hinunterwischen will, daß es nicht möglich ist, in den Ausschüssen nennenswerte Korrekturen im Sinne der Arbeiter vorzunehmen. Die überaus lauten Töne, die Röh' zum Etat anschlößt, sind beiseite Beweis, in welchem Maße die Parteien der Rechten davon überzeugt sind, daß solche Verrückungen — wie sie Röh' der Arbeiterklasse vorganzufeln verurteilt — nicht vorgenommen werden.

Diesem gibt der Aufwärtler Röh' eine Erklärung ab, die besagt, daß er das Wort zum Haushaltsplan nicht begehrt habe. Er habe zum Haushaltsplan nichts zu sagen. Im Gegensatz dazu heißt

der Bäderobermeister Kunsch

teils von bedenktem, teils beherrschendem Papier eine Rede ab, die sich scharf gegen die Antikation der Kommunisten wendet. Er spreche nicht im Auftrag einer Klasse, sondern er vertrete das Wohl des gesamten Volkes. Röh' (SPD) den er angezeigt, betrügt ebenso wie er, nur geschickter, die Arbeiter. Röh' erklärte, er spreche für die arbeitende Bevölkerung. Freilich, er spricht, aber tut nichts für, sondern gegen! Auch Kunsch hat nichts Grundtätiges gegen den Führer-Etat vorzubringen.

Er erachtet sich vielmehr nur in einer Beiprehung einzelner Punkte, bei denen er die eine kleine Veränderung wünscht. Im übrigen ist der Tenor aus seiner Rede: Noch mehr alle Dämonen auf die Schultern der Rechten!

Der „Demokrat“ Clajus

argumentiert in derselben Richtung. Wie bei allen anderen bürgerlichen Debattierenden, besteht auch bei ihm keine grundsätzliche Gegenüberstellung zum Führer-Etat. Vielmehr ist er mit seinen Äußerungen insofern einverstanden, als sie erfolgreich sind, wenn er auch bei den „großartigen“ sozialen Ausgaben noch mehr Wärrische wünscht.

Die Klaffen der Stadt müßten in Ordnung sein, jedes Zeitzit bei Unordnung. Man müsse seine vornehmste Aufgabe darin erblicken, Defizite in der Stadtkasse unmöglich zu machen (selbstverständlich nur auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung!).

Gegen Vorkursausgaben und Abträge an Schulausgaben nimmt er eine schwache Opposition gegenüber dem Rat, obwohl diese keine Stellung absolut unvereinbar ist mit seinem Vorkurs: „Defizit ist Unordnung.“ Dann betritt das Podium

der Sozialist und Aspektor Diebrach

dessen Partei zur Zeit einen schweren Kampf mit der SPD um Ankerzent und Abonnenten führt, um die reaktionäre Stellung der SPD zum Führer-Etat darzulegen. Diebrach hätte ebensogut Röh' halten können, ein merkwürdiger Unterschied behände nicht hätte freilich ein KSP-Mann oder ein Bürgerlicher eine solche Rede gehalten denn hätte ihn Herr Röh' aufgetrieben

Welch gute Illustration und Darlegung, daß sich die SPD und ihre Politik eben nur dem Namen nach und in den Reden von bürgerlich-reaktionären Parteien und ihrer Politik unterscheiden.

Röh' muß sich dann auch lassen lassen, daß die SPD-Führer radikale Lüne schwimmen und im Ministerium sozialdemokratische Politik machen. Die Kommunisten, die folgerichtig jeden Redegänger aus der Partei hinauswerfen, würden überhaupt bald keinen vernünftigen Menschen mehr in ihrer Partei haben.“

Diesem macht Diebrach im Hinblick auf die Landtagswahl und die drohende nicht sichere Wahl Duds einige Schwere-

sprechungen. Darin ist ja die SPD stark — wie alle parlamentarischen Parteien.

Das parlamentarische Scherzspiel führt zum

legt hierauf sein Sprüchlein zum Haushaltsplan auf. Zunächst gerichtet er nicht zu Unrecht die SPD, die ihre Redebeiträge vorlesen hat, die es freilich mit mehr Geschick als Bertram vertritt, die breite Masse einzulassen. So lautete der gute Mann in so lauter der Versuch, zum Haushaltsplan politisch Stellung zu nehmen. Die Leute, die diesen Mann in ein Parlament wählen, müssen Vorleser für Kaiserliche Theater gehabt haben

Herr Bertram sollte sich den Grundlag Lebels zu eigen, der erkannt hat, daß man bei breitenenden politischen Auseinandersetzungen als Auswärtiger besser schweigt — wenn man sich nicht blamieren will.

Nachdem Bertram unter allgemeiner Heiterkeit seine Rede beendet, legt

Genosse Schrapel

nochmal die Stellung der Kommunisten zum Führeretat und vor allem zu den Debattierenden der übrigen Fraktionen dar. Die schärfsten Ausfällungen der gegnerischen Debattierenden verurteilte Genosse Schrapel in ausgedehnter Art.

Auf die Opfer des kapitalistischen Wirtschaftssystems haben sämtliche Parteien, von den Deutschnationalen bis zur Partei des sozialdemokratischen Finanzregimentes Dr. Führer, nichts übrig. Deutschnationale und SPD sind sich darüber einig, daß gepart werden müsse. Geopart werden müsse natürlich an den „unproduktiven“ sozialen Ausgaben, die Führer unter dem Beifall des Bürgerertums inkommenrechtlich.

Von dem „sozialistischen Werten“ des „Einbringlings“ in die Verwaltung, von der annähernd laut sozialdemokratischer Argumentation zu erwartenden Infiltrierung der Verwaltung mit sozialistischen Ideen ist nichts zu merken. Im Gegenteil: der schwarzrote Einbringling entpuppt sich als schwarzweißer Sozialist. In trauter Gemeinschaft hat die Spitzenfraktion Führer-Führer die Streichungen durchgesehen.

Die SPD-Fraktion hat gegenüber Dr. Führer Gegenüberstellung — im Grunde aber sind SPD-Fraktion und SPD-Bürgermeister einig. Das radikale Geschrei eines Röh' läßt über die reaktionäre und arbeitende Stellung der SPD-Fraktion zum Führer-erat nicht hinweg!

Nachdem Genosse Schrapel auf die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes gegen den reaktionären Führeretat hingewiesen hat, übernimmt der 1. Vorsitz der Döllisch (SPD) die unbandbare Aufgabe, den Etat gegen die Kritik der Kommunisten zu verteidigen. Unmöglich zu verteidigen, das muß gesagt werden. Da die 1. Redneranführer der SPD verteilt ist (die Fraktionsführung der 25-Männer-Fraktion mußte wegen Abwesenheit Röh's ausfallen!) muß der letzte anreichte Kämpfe den Angriff der Kommunisten abwehren. Döllisch entpuppt sich in seiner Rede, in der er den Schein des „objektiven Vorlesers“ nicht zu wahren braucht, als ein ganz gewöhnlicher Proletarier. Er bezeugt wohl, daß ihm in Anbetracht der vorgerückten Zeit, nicht viel Zeit bleibt, den unumstößlichen Argumenten der Kommunisten sachlich zu begegnen.

Die Stellung der SPD-Fraktion zum Etat läßt auch eine ernsthafte politische Fragestellung nicht zu und so provoziert Döllisch die Kommunisten. Röh', der linke Maulheld, leitet ihm eifrig Hilfe vom Vorkurs her zu. Ja, als sich die Kommunisten gegen die Art der persönlichen Angriffe eines Döllisch durch Zwischenrufe wehren, ruft Röh': „Ihr seid eine ganz gemeine Bande.“

Ja der nun folgenden, von Röh' und Döllisch provozierten, allgemeinen Urteile, wird alles Gesprochene unverständlich, der 3. Vorsitz schließlich deshalb die für Bürgerertum und SPD so unangenehme Haushaltsplanberatung und erklärt die öffentliche Sitzung für geschlossen.

Das Verhalten der SPD-Fraktion zeigt erneut, in welchem Maße diese Partei mit dem Bürgerertum verbunden und daß sie bereit ist, durch Döll und Dünn mit dem Bürgerblut zu gehen.

Die Radeberger Bluttat vor Gericht

Am 25. Februar, nach Arbeitsloshaus, hatte sich in Radeberg bei der Firma Köditz & Co. (Wollfabrik) in der dazugehörigen Schlosserwerkstätte ein blutiger Mordanschlag ereignet, der mit dem folgenden Morgen bemerkt wurde. Der Schlosser Erich Willsch, geb. am 3. Dezember 1905 in Ballroda, war mit seinem, einige Jahre älteren Berufskollegen Max Siefert in Streit geraten und brachte ihm tödliche Verletzungen bei. Der Täter flüchtete dann sofort nach Leipzig, wo er aber bald darauf festgenommen und der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Dresden zugewiesen wurde. Die Bluttat wird noch in der gegenwärtigen Schwurgerichtssitzung mit zur Verhandlung kommen. Der Termin ist für Donnerstag den 25. April um 10 Uhr anberaumt worden. Willsch hat sich wegen Totschlags zu verantworten.

Dresdner Tageschronik

Der Betrüger mit dem Kranz festgenommen. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, den Betrüger, über dessen Treiben bereits berichtet wurde, zu ermitteln und festzunehmen. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten Pflanzweiser von hier, ihm konnten 10 Fälle nachgewiesen werden.

Verhängnisvolle Hausklingelanlagen. In der Nacht zum Sonnabend wurden in mehreren Grundstücken der Reichiger, Schumann-, Jäger-, Holzbeinstraße und dem Dierckplatz die Metallplatten der Hausklingelanlagen aus dem Mauerwerk herausgerissen. Nur in einem Falle haben die Täter die Platten mitgenommen.

Graber Unfug. In der Nacht vom 22. zum 23. März war von unheimlich unbekannter Hand ein auf dem Körnerplatz liegender Feuerwehrraum grundlos in Längsrichtung geschnitten. Die Feuerwehrraum mit zwei Fahrzeugen ausgefüllt. Nach längerem Ausschleichen ist es nunmehr einem Kommissar des 27. Schwabenteils gelungen, den Täter in der Person eines 19jährigen Schülers zu ermitteln, der mit noch anderen jungen Leuten in ansehnlichem Zustande auch sonst noch allerhand Graben Unfug verübt hatte. Die Strafe werden den jungen Leuten nicht nur empfindliche Strafen eintragen, sondern die unbedachte Verletzung des Feuerwehrraums wird auch die Entschädigung nicht unerheblicher Kosten an die Feuerwehr zur Folge haben.

Wem gehört das Fahrrad? In Verwahrung des Polizeipräsidiums befindet sich ein Herentourenrad ohne Markenbezeichnung, mit Nummer, etwa 30 Mark wert. Das Rad ist am 11. 4. abends an einem Kaufvertrage auf dem Sportplatz im Osttragegebiet an Stelle seines eigenen Ades Germania mit Katalog-Ausweis, etwa 10 Mark wert, verheimlicht mitgenommen worden. Der Eigentümer des veräußerten Rades kann sich werktags von 8 bis 14 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 71a, melden.

Vom Verhau. Die im August 1928 aufgenommenen, im November 1928 fällig gewordenen Pfanddarlehen sind bis zum April 1929 zurückzahlen oder zu verlängern, andernfalls die Pfänder vom 13. Mai an veräußert werden.

„Die deutsche Nordsee“, das Thema des letzten Filmabends der Kulturfreunde Dresden. Dies Thema fand reichhaltige Erläuterung. Die Norddeutsche, Ostsee, Nordsee, die Küsten und die Fahrt bis hinüber nach Helgoland zeigte der hervorragende Film. Auch Klagen gegen die öffentlichen, wenn auch nicht ernsthaft, aber betont wurden. Gerade am diesjährigen Jahrestag wird soziale Arbeit, aber auch das Unvermögen der Kulturfreunde beachtet, in ihren Filmabenden Werber für proletarische Klassenkampf zu sein. Das aktuellste ist an diesem Abend vorgetragen worden, damit sich die Mitglieder des Vereins gegen die neutralen Wanderungen im Filmbild wehren und die Vorurteile proletarischer Filme zerlegen, wie sie die Klassen z. B. in reicher Fülle herausgebracht haben. Das als Mahnung.

Eine Einladung zur Feiern anlässlich der Hundertjahrfeier der Reichler Schule ging uns zu. So interessant es für den Schulleiter Fritz Mühlmann sein mag, als Anwalt dieser Veranstaltung das Bestmögliche zu erreichen, so ist die Bevölkerung zum Besuch zu empfehlen, so müssen wir doch absehen, Sprachrohr seiner Propaganda zu sein. Die allgemeine „Klassenverehrung“ soll dort, wo seit etwa 100 Jahren der Wohlstand herrscht, Organe feiern. „Wahrheit suchen, Tugend üben, Gott (I) und Menschen herzlich lieben“ — ist Fritz Mühlmanns Lösungswort. Siehe Programm: Allgemeiner Gehalt. Wir und die Arbeiter verzichten sehr gern. Wir haben für solche Feiern keine Zeit.

In den Ausschusssitzungen im Konsumverein Vorwärts teilte der Sekretariat des KV mit: Die 12. ordentliche Vertreterversammlung des Konsumvereins Vorwärts tagte am Sonntag, dem 21. April 1929 im Reichshaus. In der Wahl der Mitglieder für den Aufsichtsrat beteiligten sich 515 Vertreter. Als gewählt gingen aus der Wahl hervor: Bruno Albani, Max Prühl, Emil Jordan, Emil Hendrich, Hermann Michel, Carl Weis, Otto Kreidhauer, Hugo Krüger, Hermann Kleißner. Die auf die gewählten Ausschusssitzungsmitglieder abgegebenen Stimmenzahlen schwanken zwischen 416 und 478. Weiter erhielten Stimmen: Kriebel 40, Eichehorn 13, Werner 31, Birnstengel 20. Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen folgt in den nächsten Tagen.

Worte statt Taten

Ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter „rezeptiert“

Firma. Am 13. und 14. April hatte der Kreis Dresden des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes seinen Kreisrat in Firma, der mit einer öffentlichen Kundgebung im Volkshaus eingeleitet wurde. Gegen 600 Interessenten nahmen an den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Paus Gehör. Zum Thema: „Die teure Mietwohnung und das billige Eigenheim auf eigenem Wohnland“ machte der Referent Ausführungen, die mit einem Vergleich der englischen und deutschen Arbeiterklasse begannen. In England sei es möglich gewesen, 23 Millionen Eigenheime in den letzten Jahren zu bauen, in Deutschland spricht man im Reichstag davon, aber gebaut wird nicht. Er mahnte die Anwesenden, nicht zu warten, bis der Reichstag sich für die Anwesenheit, nicht zu warten, sondern durch Sparen selbst Hand an Werk zu legen. Wie das ein Prolet mit seinem geringen Verdienst oder ein jahrelanger Erwerbsloser (die doch bestimmt in den elendesten Wohnungen leben) machen soll, das hat Herr Paus zu sagen vergessen. Oder wollte Herr Paus dieses mit seinem Hause „Altmühlisch“ (welches nach eigenem Entwurf 30 000 Mark kosten soll) nachweisen? Ist der Grundgedanke „dem Armen ein Eigenheim“ den Referenten auch nur Illusion? Die Reichstagsabgeordneten fehlen eben dem Arbeiter zum Helmütchen bauen.

Der Arbeiter weiß, dass keine Ausbeuter die Industrie und Schölarbeiter sind, dass der Profit, den der Arbeiter durch seine Arbeit dem Unternehmer schenkt, ausreichen würde, gesunde Wohnungen zu errichten. Keinen Witz von 2 Pfennig zur Miete an die Reichsmietungsparität, den der Referent vorschlug! Wir kennen die Unterstellungen an die Kapitalisten aus Arbeiterverleumdungen (700 Millionen an die Kapitalisten aus der Erwerbslosenversicherung). Warum baut ihr nicht Wohnungen? Warum hinkt ihr den Reichswehr- und Polizeietat zu? Vergeblich von Euch zu hoffen, dass ihr abseht vom Kuhhandel um die Arbeiterfrage! Hinweg mit Eurer Wirtschaftsdemokratie, Kampf der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die ihr schließt hinweg mit Euch Feinden der Arbeiterklasse! Wir wissen, dass hier in Firma die Sozialdemokraten gerade die schärfsten Gegner der Siedlung sind. Dieses beweisen die letzten Stadt-

Herrn Rösch ins Stammbuch:

Kommunaler Aufbau in der Sowjetunion

Straßenbahnen gab es im Vorkriegs-Russland auf dem heutigen Territorium der UdSSR insgesamt 29. In der Nachkriegszeit wurden bis jetzt 12 neue Straßenbahnen errichtet. Von der Gesamtzahl der 41 Unternehmungen entfallen 28 auf die UdSSR, 8 auf die Ukraine, 3 auf Transkaukasien, 1 auf Aserbaidschan und 1 auf Weißrussland. In dem 5-Jahres-Plan sind weitere 5 Straßenbahnunternehmungen vorgesehen. Besonderen ist für Moskau eine Untergrundbahn projektiert.

Elektrizitätswerte. Entsprechend dem Ausspruch Lenins: ohne Elektrifizierung plus Sowjetmacht kein sozialistischer Aufbau, hat die Sowjetregierung im Riesentempo die Elektrifizierung durchgeführt. Viel neue und große Werke wurden errichtet. Die Elektrifizierung der UdSSR bewegt sich hauptsächlich in drei Richtungen: Anlage von großen Wasserkraftwerken, Erweiterung und Neuschaffung städtischer Werke, Einrichtung von ländlichen Elektrizitätswerken. 1913 gab es auf dem gegenwärtigen Territorium der UdSSR lediglich 500 öffentliche Elektrizitätswerke, gegenwärtig gibt es bereits 960 solcher Elektrizitätswerke. Die Konzeptionsliste enthält 9 kommunale Elektrizitätswerke bei einem Investitionsbedarf von 54,7 Millionen Rubel, hierunter Werke in Warschau, Kurland, Archangelsk, Tschernomorsk, Kiew, Ufa usw.

Wassererzeugung. Im Vorkriegs-Russland verfügten nur 219 oder etwa 20 Prozent der Städte über Wasserleitungen bei niedrigem technischen Stand und ungenügenden Abfließen. Obwohl ein erheblicher Teil dieser Anlagen durch die Zerstörungen von Krieg und Revolution vernichtet oder außer Betrieb gesetzt wurde, hat dank energischer Arbeit auf diesem Gebiet in der UdSSR heute bereits 283 Städte mit Wasserleitungen versehen, und es kann auf Grund der bereits in Angriff genommenen Arbeiten angenommen werden, daß bis 1931 32 auch ohne Konzeptionskapitel mindestens 300 Städte mit Wasserleitungen versehen sein werden. Auf dem Gebiet der Wasserwerke enthält die Konzeptionsliste 21 Objekte mit einem Investitionsbedarf von 11,8 Millionen Rubel. Die Objekte verteilen sich über das gesamte Gebiet der UdSSR (u. a. Samara, Stalingrad, Wladiwostok, Samarland, Tiflis, Tschelkent, Batum, Baku, Homel usw.).

Kanalisationsanlagen. Auch auf diesem Gebiet lag die Kommunalwirtschaft des alten Russland sehr im Argen. Leber gute, moderne Kanalisationsanlagen verfügten damals nur 19 Städte. Diese Zahl konnte inzwischen auf dem heutigen Territorium um etwa 50 Prozent gehoben und auf 28 Städte gebracht werden. 1927/28 wurden weitere Kanalisationsanlagen in 6 Städten in Angriff genommen. Es ist klar, daß auf diesem Gebiete vor der UdSSR noch große Aufgaben stehen, ehe die Verhältnisse des alten Russland in dieser Hinsicht liquidiert

Verhältnisse des alten Russland in dieser Hinsicht liquidiert sind. Die Konzeptionsliste sieht hier 21 Objekte mit einem Investitionsbedarf von 66,2 Millionen Rubel vor. Besonders große Objekte kommen in Frage für Astrachan, Jaroslavl, Smolensk, Batum, Wladiwostok.

Gaswerke. Die Verwendung von Gas war im Vorkriegs-Russland außerordentlich schwach entwickelt, obwohl auch hier ein großer Bedarf vorhanden war. In öffentlichen Gebäuden und in Städten, die auf dem Territorium der jetzigen Randstaaten liegen, Innerhalb der UdSSR gibt es jetzt nur 10 Gaswerke. Von diesen sind 4 in Moskau, 1 in Leningrad, 1 in Kiew, 1 in Odessa, 1 in Rostow, 1 in Kasan. Von diesen Werken befindet sich nur die Moskauer Anlage in Betrieb. Die Konzeptionsliste sieht hier 15 Objekte mit einem Investitionsbedarf von 91,1 Millionen Rubel vor. Diese Objekte verteilen sich auf folgende Städte: Leningrad, Rostow, Saratow, Kasan, Samara, Tula, Stalingrad, Wladiwostok, Zwanzow-Rosnesensk, Wladiwostok, Kowo-Rossisk, Tiflis, Kiew, Odessa, Charkow.

Städtische Schlachthöfe. Die Schlachthöfe des alten Russland waren vielfach ungenügend, obwohl ihre Zahl nicht unerheblich war. Es existierten 1683 öffentliche Schlachthöfe, 1800 private Schlachthöfe und etwa 1000 kleinere Schlachthöfe. Die Zahl ging während des Krieges und Bürgerkrieges sehr rasch zurück, um dann wieder schnell zu steigen. Die Liste sieht 6 Objekte mit einem Investitionsbedarf von 29,5 Millionen Rubel vor. Die größte Anlage ist für Moskau mit einem Kapitalbedarf von 15 Millionen Rubel projektiert. Es folgen Anlagen in Leningrad, Zwanzow-Rosnesensk, Saratow, Smolensk und Baku.

Gegenüber den Verleumdungen der SPD-Presse ist festzuhalten, daß die Sowjetkonzeptionen im allgemeinen und die Kommunalprojekte im besonderen an eine beschränkte Zeitdauer (höchstens 20 bis 25 Jahre) gebunden sind, daß stets dem Staat bzw. der Kommune ein weitgehendes Aufsichtsrecht garantiert ist, daß kraft besonderer Vertragsklausel eine Senkung der zu zahlenden Tarife bei Überbetriebung einer gewissen Gewinnschwelle automatisch erfolgt, und daß das Unternehmen nach Ablauf der Konzeption ohne Entschädigung an die Kommune übergeht. Und es sei noch ohne weiteren Kommentar notiert, daß in der Sowjetunion die Tarifabgaben im allgemeinen nach den Einkommensverhältnissen der Beteiligten gestaffelt werden.

Wir sind überzeugt, daß nach wie vor die sozialdemokratische Presse und ihre Trabanten des Bürgerturns ihre Eigenbegehr gegen Sowjetrußland fortsetzen werden. Das Klassenbewußtsein der Proletariat aber wird keinen geschäftlich vorgeschriebenen Weg gehen.

Reformistische Spalter und Brandherden in einer Front

In der am 15. April stattgefundenen Versammlung des Verbandes für Arbeiterkultur und Feuerbeziehung in Strießen fand der Kampf gegen das Konordat sowie die Lage im Verband zur Debatte. Aus der Sitzung des Striefler Einheitskomitees aller Arbeiterorganisationen zum Kampf gegen das Konordat wird berichtet, daß die SPD dieses Komitee sabotiert, vor allem dadurch, daß sie in der Zeitung lügend, es sei eine kommunistische Sache und sie ihren Mitgliedern unterlege, dahin zu gehen. Die wenigen Vertreter einiger Organisationen, die der SPD angehören, waten von vornherein gebunden, indem sie erklärt hatten, sich nicht positiv beteiligen zu können.

In der Diskussion führt der Reaktionsmann der SPD, Ruffel, aus, daß im Kampf gegen das Konordat die Entscheidung bei den sozialdemokratischen Mitgliedern des preussischen Landtages liege, die man „zwingen“ müsse, gegen das Konordat zu stimmen. (Er sagt dabei nicht, daß die preussischen sozialdemokratischen Landtagsmitglieder bereits für das Konordat gestimmt haben und die Reichstagsmitglieder im Interesse der Koalition nicht nur für Konordat, sondern auch für das Konordat stimmen werden.) Eine Zusammenarbeit der Parteien müsse an der Zerstückelung der Sozialdemokratie, deren Zerstückelung in ihrem Reaktionsprogramm festgelegt ist, wonach alles, was nicht SPD ist, aus dem Arbeiterverband herausgeschmissen werden soll.)

Die Reaktionsgenossen wendeten sich gegen diesen Schwall und zeigen auf, daß die SPD nie den Kampf gegen das Konordat aufnehmen kann, weil sie das ihren Koalitionsschweltern, den bürgerlichen Parteien, nicht antun kann. Es wird mit großer Majorität beschlossen, Peter Maslowski in einer öffentlichen Kundgebung gegen das Konordat sprechen zu lassen, wenn den sich selber wendet, weil er nicht in Differenzen kommen möchte, mit der reformistischen Leitung. (Welcher kommt lieber in Differenzen mit seiner früheren Oppositionsstellung!)

Ruffel wendet sich in provokatorischer Art gegen Maslowski mit der Begründung, Maslowski sei aus ehrenrührigen Gründen aus dem Verband ausgeschlossen. Auf den darauf eintretenden starken Protest der Genossen gegen diese Äußerung, vermag Ruffel für keine Verleumdung keinen Beweis anzutreten.

Nach Kenntnisgabe der eingegangenen Einladungen zur Arbeiterfront der SPD und KPD schlägt Ruffel vor, sich an beide Parteien mit der Aufforderung um eine Stellungnahme für eine einheitliche Kundgebung der ganzen Arbeiterfront zu wenden und uns nach diesem Bescheid einer Partei anzuschließen. (Welcher wohl ganz genau, daß die SPD niemals die Einheit will, sie stets sabotiert, um aber der Frage auszuweichen, schließt sich die Genossen dieses Auf-den-Sand-Lausen vor.) Die Mehrheit der Gruppe entscheidet sich für die Beteiligung an der Demonstration der KPD, weil sie die einzige Partei ist, die einen revolutionären Kulturpolitischen Kampf führt.

Als nach einigen Ausführungen des Vorsitzenden die Diskussion über die Lage im Verband steht, erklärt der Kassierer Köpfer, trotzdem er in der Vorstandssitzung erklärt hat, sich mit der Geldablieferung an den Bezirk an den Beschluß der Mitglieder zu halten, daß er das Geld der Gruppe an die Bezirksleitung abliefern wolle. Das bedeutet einen ungeheuren Übergriff seinerseits und erklärt ihn als einen hinterhältigen Sandlanger der Reformisten. Natürlich bemächtigt sich der unglücklichen Genossen berechtigter Empörung. Ruffel nennt diese Stimmung Korruption, (wahrscheinlich muß er mit solchen Proklamationen seine eigene Rolle verteidigen). Jedemfalls haben die Reaktionsgenossen den provokatorischen Spalter in die Antwort gegeben, indem sie sich für den allen Unterbezirksvorstand erklären und Köpfer das Mißtrauen aussprechen.

Arbeiterkorrespondenz Nr. 615.

Das Aspekt-Blättchen ehrt den Hahnenfang

Das monotone Geschrei „Im Hahnenfang“ ertönt nun auch im „Volksstaat“ vom 20. April. Der „Volksstaatler“ schreibt am Schluß seiner Mitteilungen an seine Freunde folgende bemerkenswerte Sätze, die von ebensov erblickender „Logik“ sind wie die von uns schon gekennzeichneten wahlverleumdenden Worte der Lante vom Wettinerplatz.

„Die Brüderlichkeit zwischen SPD und KPD ist schon so oft dokumentiert worden, daß Luganen wahrhaftig keinen Zweck hat. Nur im Wahlkampf tun die Herrschaften so, als ob sie sich nichts angingen. Gleiche Brüder, gleiche Kappen!“

Menschenlinder — das zu sagen, im Zeitalter von sozialdemokratischen und sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, die sich förmlich in einem Kommunistenterrorverfolgungswettbewerb ausbot — da können wir nicht mehr mit! Oder sind etwa die Gummistückelstücken, die Kühn (KSP) oder Jörgel (SPD) „gelegentlich“ auf kommunistische Demonstrationen ausführen läßt, Zeichen von Brüderlichkeit. Der Volksstaat und die Volkszeitung scheinen über Brüderlichkeit merkwürdige Auffassungen zu haben. Verwunderlich ist das freilich nicht — uns 10 Jahre nach dem „brüderlichen“ Wort an Liebknecht und Luxemburg der Brüderlichkeit mit jener SPD zu bezeugen, die für diesen Wort verantwortlich zeichnet, deren Prominente ihn organisiert haben, das bedeutet entweder Dummheit oder Verlogenheit. Wir haben Grund anzunehmen, daß die für die KSP benutzliche politische Situation die „Hahnenfang“ zu jäh verengten Mägen zwingt, auf die die Arbeiter am 12. Mai durch Wahl der Liste 5 antworten werden.



Kundfunkrecht
Über alle Rechtsfragen im Rundfunk herrscht heute noch große Unklarheit. Trotzdem der Rundfunk nunmehr 5 Jahre in Deutschland besteht. Die Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Bundes Dresden, veranstaltet Mittwoch den 24. April im Volkshaus, Schützenplatz Saal 2, eine Mitgliederversammlung, in der Rechtsanwalt Lehner über das jetzt bestehende, durch einzelne Gerichtsurteile und Verordnungen geschaffene Funkrecht sprechen wird. Zu dieser Versammlung haben auch Gäste und Interessenten Zutritt. Beginn 20 Uhr.

Mittwoch den 24. April
16.30: Konzert, 17.45: Funkwerbernachrichten, 18.05: Arbeitsmarktbericht des Landesamtes Sachsen, 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe, 18.30: Spanisch für Anfänger, 18.55—19.20: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter, 19.25: Musik, 19.30: Arbeitsnachrichten, 19.30: Die neue Kaminsth. Oper: Jörg Renack, 20: Beliebte Opernduette, 21.15: Aus dem Roman von Josef Winkler „Doktor Eisenhart“, 22: Zeitangabe, Wettervorhersage, Preisbericht und Sportfunk, Anschließend bis 24: Tanzmusik, 00.30—1.00: Nachtmusik. (Nur auf Leipziger Welle.)

verordneten-Sitzungen, wo die Mietjinstenverteilung auf der Tagesordnung stand. Die kommunistische Partei ist im Siedlerverein Firma mit zwei Stadtratsmitgliedern und einem Stadtrat vertreten. Die kommunistische Partei weiß, daß auch die Frage der Arbeiterbildung erst in der Periode der Diktatur des Proletariats ihrer Lösung näher gebracht werden kann. (Arbeiterkorrespondenz Nr. 616.)

Freital. Arbeiter-Radiobund. Um den Wünschen vieler Freunde entgegen zu kommen, hat die hiesige Ortsgruppe des Radiobundes vom Hofhof zum Steiger nach den Döhleener Hof verlegt. Die Vereinsabende finden nunmehr ab Mittwoch den 24. April 1929 im Döhleener Hof statt.

Bauhen. (Bezirksführerfest in Bauhen.) Der Bezirk Oberlausitz plant im Herbst dieses Jahres eine großartige Gefangenenanstaltung. Er hält am 14. und 15. September 1929 sein Bezirks-Sängerfest hier ab. Das künstlerische Programm, sowie der Zeitpunkt des Festes wurden Anfang Januar in der Bezirksgeneralsversammlung in Cunewalde beschlossen. In einem Punkt drohte das Sängereinstimmlich allerdings zu scheitern, indem die hiesige Reichswehrverwaltung die Exerzierhalle an der Pöbauer Straße nicht zur Verfügung stellen wollte. Schließlich erhielt aber dann Ende Januar 1929 der Bezirksverband die Genehmigung zur Abhaltung des Sängereinstimmlich in der Halle doch. Am 14. und 15. September werden sich in Bauhen über 2000 Sängertinnen und Sängereinstimmlich. Die Bauhener Volkskammer des Festes die wertvolle Einwohnerlichkeit von Bauhen, für diese Tage freigequartiert zur Verfügung zu stellen. Alle das Bezirksführerfest betreffenden Anzeigen und Auskünfte sind an den Vorsitzenden des Festauschusses, Paul Reichart, Bauhen, Schlieffenstraße 14, zu richten.

Reichenau. Die Wahlpartei zu der am 12. Mai stattfindenden Landtagswahl liegen für den hiesigen Ort von Sonntag den 21. April bis einschließlich Sonntag den 28. April im Gemeindefa. Zimmer 29, wochentags in den Amtsstunden und Sonntags von 10 bis 12 Uhr öffentlich aus.

Gegen Scheffel- und Dorpmüllerkurs: rote Eisenbahner-Betriebsräte

Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes zur Betriebsrätewahl — Eisenbahner, wählt am 12. und 13. Mai die Liste „Opposition“, Einheitsliste der Eisenbahner!

Die Aufstellung eigener Listen zu den Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn durch die Opposition hat den Hauptvorstand des Einheitsverbandes aus der Ruhe gebracht. Das ist begreiflich, denn er befürchtet mit Recht, daß in Zukunft die Tätigkeit der reformistischen Betriebsräte nicht mehr hinter verschlossenen Türen gemacht wird, sondern daß die Eisenbahner durch die freien Körperbetriebsräte erfahren, was die Jünger Scheffels in diesen Körperbetriebsräten bisher „geleistet“ haben und noch leisten werden. Das trifft besonders zu auf die Betriebsrätebetriebsräte und den Hauptbetriebsrat.

Es ist doch bemerkenswert, daß jetzt die Eisenbahner auch erfahren, daß im Einheitsverband so etwas wie ein Hauptratsausschuss existiert, von welchem die Mitglieder in der ganzen Wahlperiode nichts gemerkt haben. Man aber, wo die Opposition mit eigenen Listen auftritt, muß der Hauptratsausschuss, weil es sich um die Wahl der Betriebsräte handelt, eine Entscheidung gegen die „Gewerkschaftsopposition“ annehmen. Mit dieser Handlung hat der Hauptratsausschuss wenigstens etwas getan, was den Eisenbahner den Nachweis erbringt, daß er noch existiert. Auch eine Berliner „Funktionsversammlung“ hat einen Aufruf gegen die revolutionäre Opposition angenommen. Welches Kunststück, wenn man zu dieser Funktionsversammlung nur die Leute geladen hat, die man zur Annahme eines solchen Aufrufes gebraucht.

Der Hauptvorstand des Einheitsverbandes hat in der Verbandszeitung in einem Artikel: „Die Bedeutung der Betriebsrätewahlen“ zu den jetzt mehr im Vordergrund stehenden Problemen, die von den Eisenbahner sehr lebhaft diskutiert werden, ebenfalls Stellung genommen. Es entspricht durchaus der Politik der führenden Kreise des Einheitsverbandes, wenn diesem Artikel als Motto vorangestellt wird der Artikel 165 der Reichsverfassung, der da lautet:

„Die Arbeiter und Angestellten sind berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit dem Unternehmer an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“

Hier sind wir bereits bei einem der wichtigsten Punkte, der im Kampfe zwischen Reformismus und der revolutionären Opposition eine entscheidende Rolle spielt, angekommen. Er ist entscheidend für die Einstellung und Tätigkeit der Betriebsräte. Was verlangen die reformistischen Führer von der Arbeiterklasse? Sie soll auf den prinzipiellen Kampf gegen das Unternehmertum verzichten und sich reißlos einordnen in den kapitalistischen Staat, das heißt, daß auch für die Eisenbahner in all ihren Handlungen maßgebend sein soll das Klasseninteresse, sondern die Förderung des sogenannten Gemeinwohls. Nicht Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft durch den Sturz der Bourgeoisie wollen die reformistischen Gewerkschaftsführer, sondern sie sagen dem Arbeiter, daß er mit dem Unternehmer „gleichberechtigt“ sein soll. Seit wann haben die Arbeiter gemeinsame Interessen mit der Ausbeuterklasse, die angeblich durch die Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum gefördert werden sollen? Wo haben die Eisenbahner etwas davon gespürt, daß die von den Reformisten propagierte „Gleichberechtigung“ bei der Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen von der Reichsbahn-Hauptverwaltung berücksichtigt wurde? Immer hat der Unternehmer nur sein persönliches Interesse im Auge. Nach wie vor wird von ihm die schärfste Ausbeutung getrieben, ständig verweigert die Bourgeoisie den Arbeitern das zum Lebensunterhalt notwendige. Wo ist das Interesse, was die Reichsbahn-Hauptverwaltung den Eisenbahner entgegenbringt? Sie kann keine Grenzen in der Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft. Über 700 000 Beschäftigte müssen sich den Nachansprüchen der Hauptverwaltung fügen. So will sie jetzt im Auftrage der beherrschenden Klasse zu deren Gunsten eine Entscheidung im Lohnkampf herbeiführen. Das sollte auch jeder Eisenbahner endlich begreifen. Für ihn kommt nur eins in Frage, nämlich die rückhaltlose Vertretung seiner eigenen Interessen. Die gegenwärtige Lohnbewegung müßte für die Eisenbahner eine heilsame Lehre sein. Die Unternehmer hätten zweifellos einen Kampf der Eisenbahner. Deshalb veranlassen sie die Bureaukratie, von altem Kampfbewußtsein Abstand zu nehmen. Die Gewerkschaftsführer tun alles, um ihre Handlungen in Einklang zu bringen mit jener Politik, die von ihren Parteifreunden in der Koalitionsregierung betrieben wird. Infolgedessen machen sie immer größere Kompromisse an die Feinde der Arbeiterklasse.

Leider ist festzustellen, daß ein Teil der Eisenbahner der Theorie der Gewerkschaftsbureaukratie, es sei möglich, mit dem Kapitalgegnere eine Politik des Ausgleichs zu machen, noch glauben schwärmen. Die Eisenbahner brauchen sich doch nur einmal die Frage vorzulegen, wann und wo bei der Reichsbahn entsprechend dem als Motto verordneten Artikel der Reichsverfassung, die Arbeiter und Angestellten behandelt werden. Wie in der In-

dustrie, werden sie auch von der Hauptverwaltung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgeschlossen. Dieser letzter reformistisch eingestellte Kollege wird sagen, ja aber unsere Gewerkschaftsvertreter wirken doch mit. Gegen dieses Argument spricht der Verlauf der Lohnbewegung. Den Kollegen, die eine solche Auffassung vertreten, sei gesagt, daß wohl bei der Beschäftigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die reformistischen Gewerkschaftsführer immer mitgewirkt haben. Erinnert sei hier an die Dienstdauerordnungen, wo sich die Bureaukratie noch drängte, daß der Erfolg, der die Dienstdauerordnungen brachte, kein einseitiger Verwaltungsakt, sondern das Ergebnis langer und erörterter Beratungen mit den Spitzenorganisationen und den Eisenbahnerverbänden gewesen sei. Und jetzt, im Kampfe der Eisenbahner um die Befestigung der Dienstdauerordnungen, hat der staatliche Schlichter entschieden, daß über Fortbestehen, Änderung oder Befestigung der Dienstdauerordnungen nur die Reichsbahn-Hauptverwaltung zu entscheiden habe. Ist das kein treffendes Beispiel dafür, wie es mit der gemeinsamen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bestellt ist?

Die Illusion über die Gleichberechtigung mit dem Unternehmer hat der letzte sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding als er noch unabhängiger Sozialdemokrat war, richtig gekennzeichnet. Auf dem Betriebsrätekongreß 1920 sagte er über die Gleichberechtigung:

„Was heißt denn Parität? Wo steht denn geschrieben, daß ein Unternehmer, der 1000 Arbeiter beschäftigt, in der Produktionspolitik genau denselben Einfluß haben soll wie 1000 Arbeiter? Wo steht geschrieben, daß eine kleine Anzahl Kapitalmagnaten die Herrschaft über die Produktion zu gleichen Teilen teilen sollen mit der ungeheuren Masse der Produzenten?“

Diese Worte haben nach wie vor für jeden Arbeiter Gültigkeit. Das ist der Fall, wenn auch jener Hilsedding von 1920 den von 1929 nicht mehr kennen wird. Heute leitet er als Finanzminister der Koalitionsregierung dem Unternehmertum in der Abwägung der Wirtschaftskämpfe die besten Handlungsvorschläge. Er war es, der auf dem Kieler Parteitag der SPD den Satz prägte:

Schuldlos Bata in Deutschland

Der durch die Beherrschung des Weltmarktes bekannte tschechische Unternehmer Bata geht nun dazu über, auch den deutschen Schuhmarkt für sich zu erobern. Er hat die Komoco-Schuh A.G. aufgekauft und wird in nächster Zeit in Berlin eigene Läden eröffnen, in denen die Bata-Schuhe verkauft werden sollen.

Bata ist bekannt durch die Einführung eines besonders raffinierten Ausbeutungssystems, das in dem Buch von Rudolf Hilferding „Tomus Bata, der unbekannt Diktator“ sehr ausführlich behandelt wird. Die Einführung von Batas Schuhfabriken in Deutschland wird den Konkurrenzkampf unter den Schuhindustriellen noch verstärken und zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen, zu neuer Verdrängung der Arbeiterklasse führen.

Gewerkschaftliches

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Dresden.
Achtung, Landbesitzer! Gegen Verletzung des gültigen Delegiertenausweises können die Lohnabkommen im Verbandsbüro, Zimmer 3, abgeholt werden. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden.
Dienstag den 24. April 1929, 17 Uhr, im Volkshaus, großer Saal: Vierteljahrs-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassendbericht; 2. Bericht vom Gutsig; 3. Antrag auf Ausschluß der Mitglieder Friebe und Kuhne gemäß § 91. Abs. b und c des Statuts; 4. Verbandsangelegenheiten.

Im Anschluß an die Mitgliederversammlung findet eine Versammlung aller Kollegen in den Großbetrieben statt. Die Tagesordnung hierzu lautet: 1. Bericht von den festgefundenen Vertragsverhandlungen; 2. Aussprache und Beschlußfassung.
Im Anbetracht der Wichtigkeit dieser Versammlung wird erwartet, daß die Kollegen vollständig erscheinen. Verbandsbuch und Funktionärsausweis sind zur Kontrolle am Sealingang vorzulegen. Bureaufluß an diesem Tag um 17 Uhr.

„Die Wirtschaftsdemokratie ist die Unterordnung der wirtschaftlichen Privatinteressen unter das gesellschaftliche Interesse.“

Nicht das Klasseninteresse, sondern das gesellschaftliche Interesse soll der Arbeiter bei seinen Handlungen in den Vordergrund stellen, das heißt, daß er verzichtet auf den Klassenkampf, um durch ihn seine Existenz zu verbessern.

Wenn in dem Artikel des Hauptvorstandes weiter gesagt wird:

„Den Grundgedanken der Betriebsdemokratie den Unterschieden beizubringen, dürfte die erste Hauptaufgabe des diesjährigen Betriebsrätekampfes sein.“

so kommt darin zum Ausdruck, daß der Hauptvorstand alles daran setzten wird, um die von ihm beeinflussten Betriebsräte als willkürliche Objekte des Klassengegners, in diesem Falle der Reichsbahn-Hauptverwaltung, zu benutzen. Kann ein Klassenbewußter Arbeiter diese arbeiterfeindliche Politik unterstützen, indem er den von den Reformisten aufgestellten Kandidaten seine Stimme gibt? Niemals! Wohin diese Politik geführt hat, das zeigt die elende Lage der Eisenbahner. Die Tätigkeit der Opposition, einseitiges Auftreten bei den Betriebsräteauswahlen ist bzw. ihr selbständiges Auftreten bei den Betriebsräteauswahlen die natürliche Folge der von der Gewerkschaftsbureaukratie durchgeführten arbeiterfeindlichen Politik, die sie seit Jahren betriebenen arbeiterfeindlichen Politik. Was will es meiniam mit dem Unternehmertum durchzuführen. Was will es heißen, wenn in dem Artikel des Hauptvorstandes gesagt wird, daß man die Gleichgültigen, die bisher abseits standen, in diesem Wahlkampf zurückrufen muß? Für die von den Reformisten propagierten Ziele werden sich die Arbeiter niemals mit ihrer Kraft einsetzen; denn sie wissen um den großen Teil, daß es keinen Ausgleich der Klassengegnere gibt, daß vielmehr nur im schärfsten Klassenkampf mit dem Ausbeutertum die Positionen der Arbeiterklasse gestärkt werden können. Solche Positionen der Arbeiterklasse gestärkt werden können. Die Eisenbahner haben die Aufgabe, im Kampf gegen das Unternehmertum alle Mittel anzuwenden, die dazu geeignet sind, der gesamten Arbeiterklasse eine bessere Existenz zu sichern. Die Macht, die die Eisenbahner in sich selbst haben, ist, wenn sie rücksichtslos ausgenutzt wird, ein mächtiger Faktor im Kampfe gegen die Kapitalistenklasse. In diesem Kampf müssen die Betriebsräte diejenigen sein, die mit Mut und Entschlossenheit die Interessen der Belegschaften wahrnehmen. Deshalb können die Eisenbahner nur solche Betriebsräte wählen, die sich verpflichtet haben, ihre Tätigkeit auf Grund eines proletarischen Kampfprogramms durchzuführen, nicht aber solche, die sich stützen auf nichtsagende Worte der Verfassung der bürgerlich-kapitalistischen Republik.

Der Artikel des Hauptvorstandes bringt mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß sich an seiner bisherigen, zum Schaden der Eisenbahner betriebenen Politik, nichts ändern wird. Den Kuten hieran hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Deshalb müssen alle, die diese Politik verurteilen, am Wahltag ihre Stimme der revolutionären Opposition geben.

Der Artikel des Hauptvorstandes bringt mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß sich an seiner bisherigen, zum Schaden der Eisenbahner betriebenen Politik, nichts ändern wird. Den Kuten hieran hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Deshalb müssen alle, die diese Politik verurteilen, am Wahltag ihre Stimme der revolutionären Opposition geben.

Der Artikel des Hauptvorstandes bringt mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß sich an seiner bisherigen, zum Schaden der Eisenbahner betriebenen Politik, nichts ändern wird. Den Kuten hieran hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Deshalb müssen alle, die diese Politik verurteilen, am Wahltag ihre Stimme der revolutionären Opposition geben.

Der Artikel des Hauptvorstandes bringt mit aller Klarheit zum Ausdruck, daß sich an seiner bisherigen, zum Schaden der Eisenbahner betriebenen Politik, nichts ändern wird. Den Kuten hieran hat die Reichsbahn-Hauptverwaltung. Deshalb müssen alle, die diese Politik verurteilen, am Wahltag ihre Stimme der revolutionären Opposition geben.

Deutscher Verkehrsbund, Ortsverwaltung Dresden

Mittwoch den 24. April 1929, 19.30 Uhr, im großen Saale des Dresdner Volkshauses, Riesenbergstraße 2:

Quartals-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäfts-, Kassen- und Kassendbericht; 2. Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung; 3. Anträge; 4. Verbandsangelegenheiten.

Die Generalversammlungsbeteiligten sind zur Teilnahme verpflichtet. Mitgliedskarte und Mitgliedsbuch dienen als Ausweis. Mitglieder, die sich als solche ausweisen, können auf der Galerie als Zuhörer teilnehmen. Etwasige Anträge sind unter schriftlicher Begründung spätestens eine Woche vor dem Stattfinden der Versammlung an die Ortsverwaltung einzureichen. Die Ortsverwaltung: Hermann Rose.

Sektion der Kall- und Ziegelträger.

Mittwoch den 24. April 1929, 17.30 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Volkshaus, Riesenbergstraße 2, Saal 1.
Tagesordnung: 1. Bericht von den beschrifteten Lohnverhandlungen; 2. Stellungnahme zu den eigenen Lohnverhandlungen; 3. Sektionsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Ohne Sektionsausweis kein Zutritt. Die Sektionsleitung.

Achtung! SPD-Gemeinbedarbeiter und Straßenbahner!

Freitag den 26. April, 19.30 Uhr, außerordentlich wichtige

Fraktions-Sitzung

im Brandenburger Hof. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik: Bruno Goldhammer; für Gewerkschaftliches: Richard Spengler; für Lokales, Familien und Sport: Wille Hoyer; für den Feuilleton: Richard Hoyer; für die Dresdner, Berlin: Dresden: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Druck: Feuers, Dresden.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by Greifenverlag, Radolfzell

„Sage, hier ist Ingenieur Reuhaus.“ „Warte mal, ich kann keine Stimme besser nachmachen,“ sagte Ruders und ergriff den Hörer.

„Hier Reuhaus, wer dort?“
„Wie aus dem Jenseits piepte eine matte Stimme: „Hier sind die revolutionären Swertruper Kumpels! Wir haben fordern den Schlachthof besetzt und empfehlen Ihnen dringend, das Rathaus sofort zu räumen, sonst kommen wir hin und schießen euch tot und kein.“

„Nenn, das ist doch Köselb,“ rief Ruders freudig überrascht. „Hallo, Köselb!“ — „Hier Ruders; wir haben soeben das Rathaus kampflos eingenommen. Was ist denn da draußen los?“

„Das ist weiter gar nichts,“ antwortete diejenige Stimme. „Wir beobachteten nur und liegen, da uns alles so ruhig voram, neugierig über die Mauer. Da waren die Brüder alle gekümt. Wir haben zwanzig Gewehre und eine Menge Lebensmittel gefunden. Zusätzlich fand ich eine Telefoninstruktion und die hat ja auch gekloppt. Das muß eine geheime Leitung sein.“

„Halte den Posten bis auf weiteres besetzt; ich komme selber per Kab' raus,“ sagte Ruders anhängend und Grothe das Nähere mitteilend.

„Das geht ja wie geist; nun nur noch die Post,“ rief Grothe hocherfreut. — „Die sitzen fest, dort kommandiert Direktor Gress, der läßt so leicht nicht locker; da werden wir wohl doch etwas einheizen müssen,“ meinte Ruders verdrießlich.

„Wenn er erklärt, daß wir das andere alles haben, gibt er kein bel. Stellen wir ihm ein Ultimatum,“ sagte Grothe, Papier und Federhalter ergreifend. Und dann schrieb er groß und klug:

An die Einwohnerwehrbesatzung des Postamtes Swertrup.

Rathaus und Schlachthof sind heute nacht ebenso wie der Schlachthof Swertrup mit allen Waffen usw. in die Hände des revolutionären Sicherheitsausschusses übergegangen, der damit

die Verantwortung für Ordnung und Sicherheit übernimmt. Wir fordern Sie hierdurch einmältig auf, die Post sowie die in Ihren Händen befindlichen Waffen, Munition und Proviant an unterzeichneten Ausschuss zu übergeben. Wir stellen Ihnen anheim, sich durch zwei Ihrer Leute, denen freies Geleit zugesichert wird, von der Wahrheit unserer Angaben zu überzeugen. In unserer Forderung nicht bis 3 Uhr nachts entgegen, treten unversöhnlich durchschlagende Argumente, deren uns genügend zur Verfügung stehen, in Aktion. Andererseits wird vollkommen freier Abzug gewährleistet. Revolutionärer Sicherheitsausschuss.

„Du schreibst wie ein General — bloß ein Name müßte noch drunter,“ meinte Ruders. „Da leh' ich den meinigen drunter; dann freut Gress sich besonders; er hat mich vom Betrieb her gut im Andenken,“ lachte Grothe grimmig. Wüßlich fiel ihm noch was ein: „Das Wichtigste beinahe vergessen; bei diesem Hund muß man an alles denken.“ Und dann schrieb er folgenden Nachsatz:

Für jedes beschädigte Gewehr wird ein Mitglied der Besatzung zurückgehalten, und bin ich dann nicht in der Lage, für dessen persönliches Wohlbefinden Garantie zu übernehmen. D. D.“

„Du denkst doch an alles, Junge; wenn wir dich nicht hätten und die großen Kartoffeln,“ sagte Ruders und hätte den Kampfgossen am liebsten umarmt.

Als sich die Swertruper den Schlaf aus den Augen gerieben, erfuhr sie zu ihrer Ueberraschung, daß Rathaus, Schlachthof und Post in der Nacht kampflos von den Arbeitern besetzt worden waren. Keine Plakate, die auch die Übernahme der Exekutivgewalt durch den Aktionsausschuss verbanden und gleichzeitig für nachmittags 3 Uhr eine öffentliche Versammlung auf dem Hindenburgplatz anfordigten, waren bereits angeschlagen. Arbeiterpatrouillen durchzogen die Straßen, zum nicht geringen Schrecken der Späher, die schleunigst ihre Silber- und Schmuckkästen im Keller vergruben. In ihrer größten Ueberraschung aber passierte nicht das geringste.

Die Arbeiter besetzte ein immer mehr anwachsendes, stolzes Kräftegefühl. Man hatte Waffen, sich zu verteidigen, die Möglichkeit, sich damit neue zu beschaffen. Jetzt war man auch hierin der Bürgerfanalike über. Ihrer Freude über den unblutigen Sieg gaben sie Ausdruck, indem sie an den Fahnenstangen der Fördertürme rote Fahnen hielten. Im Aktionsausschuss lag es darüber zu einem großen Kampf mit Reue, der schärfsten Protest erford. Der offiziell organisierte Bergarbeiter Ruppert brachte ihn schließlich mit wenigen Worten zur Vernunft:

„Mir gefällt das auch nicht,“ sagte der Kumpel, „ich habe durchaus nichts gegen ein Verbot. Aber dann soll Kollege Reue das auch persönlich auf allen Seiten bekanntmachen und sehen, was ihm dabei passiert.“

Da setzte sich Reue schweigend auf seinen Platz.

Auch zahlreiche Häuser sowohl in den Arbeiterkolonien wie in der Stadt hatten rot gekloppt. Frau Schapulla, der noch immer der Schreck der Hausflucht in den Gliedern lag, hatte zu diesem Zweck die schöne vier Meter lange schwarzweirrote Fahne, die seit Lüttich her bei jeder Siegesmeldung zum Siebel herausging, gerollt und rot gekloppt. „Wir sind immer für die Arbeiter,“ sagte sie zu Sukrow, dessen Zimmerfenster infolge des eingeklemmten Rahmens hatte geöffnet bleiben müßte. „Mit den Wölfen muß man heulen,“ sagte aber Herr Schapulla zu dem Herrlichen Schachtmeister Wikorek aus Zimmer 4 und nahm zur Frühstücke an anderen Morgen eine dicke Wachskerze für den Altar des heiligen Rochus mit. — — —

11. Kapitel

Graß Sukrow hatte weder mit solch anhaltendem noch mit solch ruhigem Verlauf des Generalkrieges gerechnet. Schauernd erinnerte er sich an den vorjährigen März-Generalkrieg in Berlin, der sich sofort durch Geschüßhagel angekündigt hatte. Hier hatten die Arbeiter ja eine direkt bewundernswerte Disziplin. Keine Alkohol-Exzesse, keine Kauerereien, keine Eigentumsvergehen! Und wie geschickt und schmerzlos sie die Waffen der Einwohnerwehr an sich gebracht hatten! Als ob diese Ruhe anhalten würde? Wenn nun Militär einrückte? Die Arbeiter geben doch — das hörte man allenthalben — die Gewehre gutwillig nicht wieder heraus. Sukrow, dessen Glaube und Zuversicht zur Sache der Arbeiterhaft in den letzten Wochen viele Schwankungen bis hart an die Grenze des Verzweifels durchgemacht hatte, fühlte ein eigenartig befriedigendes Gefühl der Beschämung. Wie treuherrig gut war doch dieses äußerlich so rauhe, harte Bergarbeitervolk! Obwohl bis an die Zähne bewaffnet, hatte es sich zu keinem einzigen Akt der Vergeltung hinreißigen lassen. Und es wohnten sowohl in den Direktorenwie in den Beamtenhäusern eine ganze Anzahl Herren, die alle Ursache zu derartigen Befürchtungen hatten und die dieserhalb vielfach die unglücklichsten Verluste und Verleumdungen wählten. Aber niemand kümmerte sich um sie. Ja, der Sicherheitsausschuss stellte sogar vor den Eingang der Villa des verhassten Direktors Buchterkirchner einen Doppelposten; weil dieser Herr in Ungedanken an sein promotorisches Verhalten gegenüber der Belegschaft von „Beate“ den Sicherheitsausschuss flehendlich darum bat.

Dresden-Löbtau

Max Schmalz Feine Fleisch- und Wurstwaren

Zigaretten, P. M. Müller

Wohin? Nach der Kämmelschänke Omsewitz

T. Bienert Mehl / Grieß Mühlen - Packung

Kauthaussteinhart Löbtau

Konditorei und Café Paul Müller

Wild, Geflügel, Feinkost Oskar Grundmann

Victoria-Drogerie Kesselsdorfer Straße 30

Gerhard Römer Spezialgeschäft für feinste Foto-Arbeiten

Paul Elschner, Weißbrotbäcker und Konditor

Max Lohse, Kohlenhandlung

Reserviert 150

MAX HERZOG Verkaufsniederlage der Dresdner Preßhelfen- und Kornspiritus-Fabrik

Reisewitzer Drogerie Reisewitzer Straße 96

Möbelhaus Richard Schmieder empfiehlt seine große Auswahl in Möbeln aller Art

Bereitstellung Schramm Familien-Ausflucht - Kinderreiseliste

Beerenweinschänke Schramm Familien-Ausflucht - Kinderreiseliste

Zur guten Quelle Inhaber: Erich Schröder

Hermann Herberg Kesselsdorfer Straße

Feine Fleisch- und Wurstwaren Max Pahlitzsch

Karl Mischke, Dresden-Gorbitz Feinhäckerei

Verstellbare Fußstütz Einlagen "Nione"

Erhältlich in den einschlägigen Geschäften

Gas- und Rallsaal Bürgergarten

Fabrikation feiner Fleisch- u. Wurstwaren

Martin Füllkrug Dresden-Roßthal

L. Rother & Söhne Dampfbäckerei und Konditorei

Steppdeckenfabrik Fiedler & Hanitzsch

Einkehrstätte "Alter Dessauer"

Paul Haasmann, Kattmeyer Reisewitzer Straße 15

Max Schelbe Lübecker Straße 2

Kartoffeln / Futtermittel

Drogerie und Photohaus an Kronprinzenplatz

Drema A-G. Dresden Würzburger Straße 9

Drogerie zum weißen Kreuz

Dresden-Friedrichstadt

Jon. Görtzner Farbenspezialgeschäft

Br. Rößler Möbelhaus

Emil Stiebitz, Schäferstraße 59

H. ARWEILER Inhaber: M. Röhler

Josef Müller's Restaurant

Bäckerei Konditorei Franz Pabsch

Bellevue Freitag, Sonnabend und Sonntag

Schuhmacherei Hugo Günther

Kurt Petters Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Willy Lohse Feine Fleisch- und Wurstwaren

Dresden-Dölitzchen

Dresden-Steitzsch

Anna v. G. Gerlach, Müllers Straße 24

Bernhardt Schliesinger

Dresden-Leubnitz

Max Braun, Fleischermeister

Landesprodukte, Wild und Geflügel

Kolonialwaren, Tabak, Zigarren

II. Fleisch- und Wurstwaren

Uhren / Goldwaren / Optik

Dresden-Cotta

Möbelhaus Hugo Liebig

LEBENSMITTEL Lydia Bergmann

Jeder Arbeiter kauft gut und billig im Schokoladen-Spezialgeschäft

Zum Weinbauer Cotta!

Elisabeth Knüpfer

Gasthof „Leutewitz“

Uhrmacher Arthur Pieper

Max Uhemann

Gasthof „Stadt Dresden“

Curt Gräbel, Fleischermeister

ff. Fleisch- u. Wurstwaren

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden

Dresden-Plauen

Germania-Drogerie 6%

Reserviert 6

Richard Augustin

Karl Rostig, Zwickauer Straße 198

Coschütz

Herrenkonfektion Arbeiterbekleidung

Paul Spemann, Gaarstraße 32

Elisabeth-Drogerie

Dresden-Blasewitz

Restaurant zur Krone

Dampf-Wasch-Anstalt Blasewitz

Zigarrenhaus Karl Heibig

Das gute Krause-Brot

Butter, Eier, Honig / A. Hofmann

Kolonial- und Fabrikwaren

Dresden-Loschwitz

Gasthof zur Eule

Bergrestaurant zur Schweizerer

Demitz-Thumitz

Apothek Demitz-Thumitz

Dresden-Johannisstadt

Den eleganten Luxus Schuh

Eigene Reparaturwerkstatt

H. Hacke, Elektrische Mangel

Feine Fleisch- und Wurstwaren

Franz Rödl

R. Wetzel Schirmfabrik

Wilhelm Fahrradhaus

Tanzpalast Blumensäle

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

ELEKTRO-FEIST

Fahrräder / Nähmaschinen

Getränke-Industrie

Dampfwäscherei "Ideal"

Fisch- u. Delikatessenhandlung

Restaurant „Zum Landsknecht“

Schlüss, Stöck, Bezüge und Reparaturen

Fischwaren und Delikatessen

Lebensmittel und Hauswirtschaft

Restaurant zum Gärtnergarten

Restaurant zum Gärtnergarten

Dresden-Johannisstadt

Johannstädter Obsthalle

Richard Knüpfer

Albin Mädlar

Ernst Hentschel

Admet beim Einkauf

Dresden-Striesen

Strümpfe, Wollwaren

Damen- und Herren-Friseur

Arthur Uedner

Restaurant Erdkugel

Sechsenreparatur

Seefisch, Wild- und Geflügelhandlung

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Lederhandlung W. Hoffmann

Wilhelm-Brot

Überall erhältlich

Restaurant zum Gärtnergarten

Restaurant zum Gärtnergarten

Trinkt die vorzüglichen Dresdner Genossenschafts-Biere